



AKADEMIE-REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



Schwerpunktthema: Europa

Brexit – was nun?

Europäische Perspektiven nach dem Referendum

ab Seite 3

Fliehkräfte in den Medien

Flüchtlinge waren seit dem Sommer 2015 das beherrschende Thema. Haben Journalisten zu einseitig berichtet?

Seite 9

Demografischer Wandel

Konstruktiver Wettstreit der Ideen beim „Parlament der Generationen“ im Bayerischen Landtag.

Seite 18

Lernstatt Demokratie

Die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker hat den „Hildegard Hamm-Brücher-Förderpreis“ erhalten.

ab Seite 21

Blick über den See

Inhalt

SCHWERPUNKT EUROPA

- 3** Ursachen und Folgen des Brexit
- 5** Ein unterschätzter Akteur
- 8** Brennpunkte europäischer Politik

JAHRESSCHWERPUNKT FLIEHKRÄFTE

- 9** Spagat zwischen Helfen und Berichten

MEDIEN

- 11** Dialog mit dem Dagegenbürger?
- 14** „Old school statt digitaler Dünkel“
- 17** Mündig in der smarten Welt

POLITISCHE BILDUNG

- 18** Konstruktiver Wettstreit der Generationen
- 21** Hildegard Hamm-Brücher-Förderpreis
- 23** Ausgezeichnetes Engagement

INNENPOLITIK

- 24** Lust auf neue Radikalität
- 25** Abgeschlossenes politisches Biotop

WIRTSCHAFT

- 27** Globaler Wettbewerb als Motor der Moral?
- 29** Innovationen

INTERNATIONALE POLITIK

- 31** Bekämpfung der Fluchtursachen
- 32** Globale Migration
- 33** Interview mit Ali Fathollah-Nejad
- 35** Akademiegespräch am See

ZEITGESCHICHTE

- 36** Ein Blick durchs Schlüsselloch
- 38** Komplexe Verhältnisse

PERSONALIA

- 40** Pionier der "Kritischen Akademie"

AKADEMIE INTERN

- 8** Impressum
- 30** Gartenfest der Akademie
- 39** 20 künstlerische Positionen
- 41** Medienspiegel
- 43** Publikationen
- 44** Namen – Nachrichten



Wirkt sich der demografische Wandel auch auf politische Entscheidungsprozesse und darauf aus, welche Entscheidungen getroffen werden? Sowohl der Ausgang des britischen Referendums als auch das „Parlament der Generationen“, das die Akademie gemeinsam mit dem Bayerischen Landtag durchgeführt hat, legen es nahe, sich mit dieser brisanten Frage zu befassen.

Für das „Parlament der Generationen“ konnten wir feststellen, dass die junge Generation lediglich zahlenmäßig ins Hintertreffen geraten wird. In unserer Politiksimulation zeigte sich nämlich auch, dass es „den Jungen“ gelingen kann, der vermeintlichen Vorherrschaft der Älteren etwas entgegenzusetzen: eigene Sachkunde und strategisches Vorgehen.

Die jungen Briten scheinen sich damit schwerer getan zu haben. Dennoch trifft die nach dem Referendum gegebene Interpretation, hier hätten „die Alten“ allein durch ihre zahlenmäßige Dominanz über die Zukunft „der Jungen“ entschieden, so pauschal nicht zu. Die jungen Britinnen und Briten mögen zwar überwiegend pro-europäisch eingestellt sein, aber sie haben es versäumt, dies dort geltend zu machen, wo es zählt: bei der Abstimmung. Die wenigen verfügbaren Erhebungen zum Abstimmungsverhalten der verschiedenen Bevölkerungsgruppen verweisen darauf, dass von den unter 24-Jährigen wenig mehr als ein Drittel an der Abstimmung teilgenommen hat, bei den über 55-Jährigen lag die Beteiligungsrage dagegen bei mehr als 80 Prozent. Die unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung der jungen Wählerinnen und Wähler ist in allen Demokratien ein Thema. Bei Parlamentswahlen können die Jungen noch darauf hoffen, dass mangelndes politisches Interesse nicht unmittelbar „bestraft“ wird; schließlich liegt einer der vielen Vorteile eines repräsentativen Systems ja gerade darin, dass die Abgeordneten Vertreter des ganzen Volkes sind.

Dennoch erscheinen die Lehren sowohl aus der Brexit-Abstimmung als auch aus unserem „Parlament der Generationen“ eindeutig: Gerade in Zeiten des demografischen Wandels kommt es darauf an, dass die kleiner werdende junge Generation sich ihrer Anliegen und Interessen – die aber natürlich nicht immer generationenspezifisch definiert sind – bewusst wird und außerdem bereit und fähig ist, diese Interessen auch jenseits von Wahlen und Abstimmungen zu artikulieren. Politische Bildung befähigt zu beidem.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung

Ursachen und Folgen des Brexit

Eine Mehrheit der Briten stimmte beim Referendum für den EU-Austritt.



© SUCCO / PIXABAY

VERGEBLICH haben die akademische und die Wirtschaftselite des Vereinigten Königreiches gewarnt und erklärt: Die über tausendjährige gemeinsame Geschichte, der Austausch von Personen, Ideen, Waren; die gefährdeten Arbeitsplätze, die ausbleibenden Investitionen. Trotzdem haben die britischen Wähler mit knapp 52 Prozent im Referendum vom Juni für den Austritt aus der EU gestimmt. Das ist keine Überraschung, das ist ein Schock. London hat jetzt seinen „schwarzen Freitag“, als am 24. Juni das Britische Pfund um ein Drittel einbrach. Rechtlich bindend ist dieses Votum für das Parlament in London nicht. Etwa 80 Prozent der Abgeordneten sind für einen Verbleib in der EU. Doch politisch durchsetzbar ist eine Aushebelung des Referendums wohl nicht.

Verfassungswandel

Im Vorfeld der Abstimmung befasste sich eine Akademietagung mit aktuellen Entwicklungen im Vereinigten Königreich. Roland Sturm von der Universität Erlangen-Nürnberg setzte politische Institutionen und Ansätze des Verfassungswandels im Vereinigten Königreich auseinander. Koalitionsregierungen, wie zwischen 2010 und 2015, passeten eigentlich nicht in die politische Landschaft Großbritanniens. Die Briten empfinden unklare Mehrheitsverhältnisse als ungerecht.

Die Gewaltenverschränkung im Justizwesen, in dem der oberste Law Lord gleichzeitig Lord Chancellor (Justizminister) und Vorsitzender des Obersten Gerichtshofes war, wurde mit Reformen 2006 und 2009 ausgeräumt. Ohne staatliche Finanzierung und Parteiengesetze sind die politischen Parteien staatsfern. Als erfolgreiche Reform gilt der Freedom of Information Act von 2005, der die Tradition der Geheimhaltung durchbrach. Ein neues Phänomen sind Referenden. Schließlich kann der Premierminister auch nicht mehr jederzeit, d.h. in

einer Situation hoher Wählergunst, um Auflösung des Parlaments bitten. Seit 2011 gibt es feste Legislaturperioden von fünf Jahren.

Globale Bedrohungen

Guy Owen von der NATO School beschrieb die Sicherheitspolitik Großbritanniens. Ihr Ziel sei es, die Bevölkerung, die Werte, den globalen Einfluss, den Wohlstand und die Wirtschaft zu schützen und globale Machtprojektion durchzusetzen. Die nationalen und globalen internationalen Herausforderungen seien: Terrorismus und Extremismus, Instabilität in Syrien und Irak, Migration, Organisierte Kriminalität, Cyber War und biologische oder chemische Angriffe und globale Seuchengefahren. Großbritannien definiert Russland als die größte staatliche Bedrohung. Die Truppenstärke beträgt nach zahlreichen Reduzierungen knapp 200.000. In Deutschland sind nur noch etwa 5.000 Soldaten stationiert. Die Verteidigungsausgaben haben einen hohen Anteil von 2,2 Prozent des BIP und betragen etwa 62 Mrd. Pfund.



Guy Owen (rechts) im Gespräch mit Paul Heardman, dem Generalkonsul von Großbritannien und Nordirland

Schmutzkampagne

Daniel Gossel von der Universität Erlangen-Nürnberg erläuterte die komplexen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und dem Kontinent: Schon die Forderung Churchills nach einem starken, vereinigten Europa zielte nicht darauf ab, Großbritannien einzubinden, sondern Deutschland und Frankreich miteinander beschäftigt zu halten. In britischer Wahrnehmung haben

Deutschland und der Zweite Weltkrieg das Empire zerstört. Nur 15 Prozent der Briten sahen sich auch als Europäer. Margaret Thatcher war berühmt-berüchtigt für ihre Europakritik, verhandelte die Bedingungen der britischen Mitgliedschaft neu und stellte sich gegen weitere politische Integration und den Machttransfer

nach Brüssel. Premier Cameron gilt als Europa-freundlich, drängt dennoch auf Reformen in Bezug auf Migration und das Sozialsystem.

Wirtschaftsführer, Liberaldemokraten und die oppositionelle Labour Party seien mehrheitlich für einen Verbleib in der EU – aus unterschiedlichen Gründen: Marktzugang ist für Unternehmen wichtig, der Schutz durch das Europäische Arbeitsrecht für Labour. Allerdings glaubten über die Hälfte der Bürger, das Problem Immigration übersteige die wirtschaftlichen Vorteile der EU. Qualitätszeitungen empfahlen den Verbleib, die Boulevardpresse votierte deutlich für den Austritt. Gossel sprach von einer „ugly campaign“



Daniel Gossel: „Nur 15 Prozent der Briten sehen sich auch als Europäer.“

© Meyer

Gabriel Felbermayr vom ifo Institut beleuchtete die wirtschaftspolitische Dimension der britisch-europäischen Beziehungen und ökonomische Konsequenzen eines „Brexit“. Großbritannien wäre von allen EU-Freiheiten (z.B. Personenfreizügigkeit), der Zollunion und EU-Förderprogrammen (z.B. Agrarbereich, Wissenschaft) ausgeschlossen. Abkommen, die die EU im Auftrag ihrer Mitglieder verhandelt hat, werden ungültig. Das Vereinigte Königreich könnte sogar die WTO-Mitgliedschaft verlieren. Trotz traditioneller In-

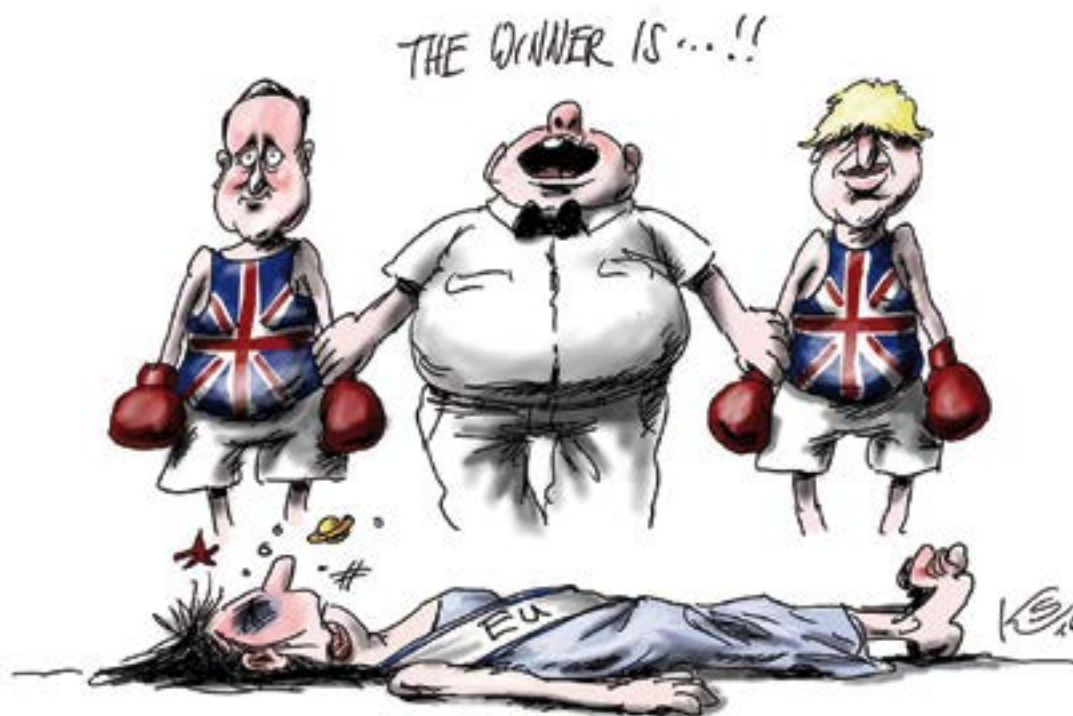
ternationalität britischer Firmen, Liberalisierung des Welthandels, fallender Zölle, Handel mit Commonwealth- und BRICS-Staaten geht fast die Hälfte der britischen Exporte in die EU. Der Brexit EU trifft den Wirtschaftsraum London mit seinen Banken, Versicherungen, Investmentfirmen und Reedern besonders hart.

Unsicherheit sei ökonomisches Gift. Negative Effekte durch die Wiedereinführung von Zöllen und dem Wegfall der Niederlassungsfreiheit und der gegenseitigen Marktzulassung sind in allen Bereichen zu erwarten: Einkommen werden sinken, die Preise steigen. Da an einer Störung der Handelsbeziehungen kein Interesse bestehe, wird eine neue Regierung auf schnelle Ersatzabkommen drängen.

Neue Signale von „Englishness“

Marlene Herrschaft von der Universität Passau beschäftigte sich mit britischen Identitäten. Nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch in der Politik herrsche die Haltung vor, Großbritannien und Europa gehörten nicht zu einer Einheit. Die verbreitete Europa-Skepsis reicht von vorsichtiger Kritik an einzelnen Regularien bis zu einer fundamentalen Opposition, die einen Angriff der EU auf zentrale britische Werte befürchtet. Neue Signale von „Englishness“ tauchen auf: Die St.-Georgs-Fahne, Diskussionen über eine englische Nationalhymne, eine englische Gesetzgebung und ein englisches Parlament. Schottland und Nordirland wollten unbedingt in der EU bleiben. Der Brexit rollt die schottische Unabhängigkeitsfrage neu auf.

Saskia Hieber



© STUTTMANN

Ein unterschätzter Akteur

Die Außenhandelspolitik der EU steht auf dem Prüfstand der Wissenschaft.

DIE EUROPÄISCHE UNION ist ein bedeutender Akteur auf der weltpolitischen Bühne. Debatten über die Außenpolitik der EU fokussieren häufig das Feld der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik, auch die Entwicklungszusammenarbeit oder die Klimapolitik. Die europäische Außenhandelspolitik wurde hingegen allzu oft vernachlässigt – obwohl gerade diese den Bereich darstellt, in dem die europäische Integration am weitesten vorangeschritten ist. In den Blickpunkt einer breiten Öffentlichkeit rückten außenhandelspolitische Aspekte erst durch die Diskussion über das Transatlantische Freihandelsabkommen, kurz TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership). Auch am Anfang des Ukraine-Konflikts standen außenhandelspolitische Fragen im Beziehungsdreieck EU-Russland-Ukraine.

Welche Rolle spielt die Außenhandelspolitik also für die EU? An welchen Prinzipien orientiert sie sich? Wie bewältigt sie das Spannungsfeld zwischen Regionalismus und Multilateralismus? Wie wird die „friedliche Handelsmacht EU“ tatsächlich von außen wahrgenommen? Welche entwicklungspolitischen Potenziale hat sie?

Aushöhlung durch Sonderregelungen

Das für die EU konstitutive Spannungsfeld zwischen Multilateralismus und Regionalismus analysierte aus der Perspektive des Wirtschaftsvölkerrechts Christoph Hermann von der Universität Passau. Seit dem Ende des Kalten Krieges ließe sich eine „quantitative Ausweitung und qualitative Vertiefung“ von bilateralen bzw. regionalen Handelsabkommen beobachten, wobei wir im Augenblick die Zeit der „Mega-Regionals“ erleben: Handelsrechtliche Grundprinzipien der Welthandelsorganisation (WTO) wie etwa das Meistbegünstigungsprinzip würden zunehmend durch regionale Sonderregelungen und eine Vielzahl von Handelsabkommen ausgehöhlt.



© STUTTMANN

Der Ökonom Wilhelm Kohler (Universität Tübingen) verdeutlichte die Anreize regionaler Handelsabkommen für die beteiligten Volkswirtschaften, die vom Abbau von Handelshemmnissen, über die Verringerung der Preisdifferenz zwischen Weltmarkt- und Inlandspreis bis hin zu einer höheren Zeitkonsistenz und Verlässlichkeit im Außenhandel lägen. Kohler prognostizierte, dass die Zukunft des Welthandels nicht in multilateralen Institutionen wie der Welthandelsorganisation WTO liegen wird.

Krise regionaler Organisationen

Für den Politikwissenschaftler Bernhard Stahl (Universität Passau) spiegelt die Hinwendung zu regionalen Lösungen die aktuelle Dysfunktionalität multilateraler Handelsregime wider. Die EU sei hier ein Akteur, der politisch stark von der zunehmenden (Inter-)Regionalisierung des Welthandels profitiere und in diesem Prozess gleichzeitig auch eine Vorbildfunktion für andere Wirtschaftsräume wahrnehme. Dies sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich gegenwärtig regionale Organisationen global gesehen – von der ASEAN über die EU bis hin zum Mercosur – in einer Krise befänden, die vor allem aus einer mangelnden regionalen Identität erwachse.

Der Gegensatz zwischen multilateralen und regionalen Außenhandelskonzepten lässt sich vorrangig an der Ausgestaltung der sogenannten Ursprungsregeln festmachen: So lässt sich der Regionalisierungstrend gerade an der Zunahme präferentieller Ursprungsre-

* Die Tagung „Europa handelt. Die Außenhandelsbeziehungen der Europäischen Union“ fand drei Monate vor dem Referendum über den Brexit statt und wurde durch die Europäische Union mitfinanziert. Partner waren das ifo Zentrum für Außenwirtschaft in München, die Universität Passau und der Arbeitskreis Europäische Integration (AEI).

geln messen, die immer öfter Teil regionaler Handelsabkommen sind und in diesen von Vertrag zu Vertrag unterschiedlich gestaltet werden. Dadurch würde laut Till Müller-Ibold von der internationalen Wirtschaftskanzlei Cleary Gottlieb Steen & Hamilton nicht nur die Abwicklung von Geschäften im globalen Rahmen verkompliziert; vielmehr seien diese oft auch WTO-rechtlich unzulässig, wenn sie versteckte Handelsbarrieren darstellen. Doch auch aus ökonomischer Sicht brächten nach Gabriel Felbermayr vom ifo Institut Ursprungsregeln fast ausschließlich negative Effekte mit sich und stellten ein ernsthaftes Handelshemmnis dar – insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen.



Gabriel Felbermayr: „Ursprungsregeln sind ein ernsthaftes Handelshemmnis.“

© Haas

Unterschiedliche technische Standards

Ein weiteres Hemmnis für den Außenhandel und damit auch eine zentrale rechtliche Herausforderung für zukünftige Handelsabkommen stellen unterschiedliche Standards in der technischen Normung dar, die global rund 30 Prozent aller Produkte betreffen. Jörg Terhechte von der Universität Lüneburg zeigte, dass Bemühungen zur Angleichung häufig durch politische Befindlichkeiten behindert würden, wie etwa durch die Sorge vor dem Verlust kultureller Identität. Standardisierungen seien daher auf regionaler – geschweige denn auf multilateraler – Ebene nur schwer durchsetzbar und würden bislang höchstens in bilateralen Abkommen vereinbart. Benjamin Jung (Universität Hohenheim) mahnte in diesem Zusammenhang, dass gerade zu hoch gesetzte Standards – wie etwa in der EU – für viele Produkte aus Entwicklungsländern eine Behinderung des Marktzugangs darstellten.



Der größte Teil des EU-Außenhandels wird mit Containerschiffen umgeschlagen.

© PeterKraayvanger / pixabay

Gerade für die EU besteht eine starke Wechselwirkung zwischen der gemeinsamen Handelspolitik (GHP) einerseits und der Entwicklungszusammenarbeit andererseits. Der Jurist Wolfgang Weiß (Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer) vertritt hier gar die These der entwicklungspolitischen Instrumentalisierung der GHP, die die Sozialwissenschaftlerin Clara Brandi vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik mit wirtschaftlichen Daten untermauerte. Beide stimmten überein, dass die Entwicklungszusammenarbeit der Union weltweit vorbildlich ist, zumal sie den offensten Markt für Entwicklungsländer – insbesondere für die am schlechtesten entwickelten Länder – schaffe.

Altruismus und Eigeninteresse

Dabei sei die Entwicklungspolitik ebenso vom Altruismus wie vom Eigeninteresse geprägt. Diese Kombination wirke durchaus: So hätten EU-Freihandelsabkommen mit Entwicklungsländern als Partner und als Drittländer zumeist positive Wirkungen. Der Handel diene nicht nur beiden Seiten, sondern schaffe zugleich verlässliche Rahmenbedingungen und trage – normativ wie empirisch – zur Überwindung genuin politischer Entwicklungsprobleme bei (Korruption, Menschenrechtsverletzungen, nicht funktionierender Rechtsstaat).

Unterschätzte Rolle

Am Beispiel des europäischen Engagements in der Doha-Runde der WTO zeigte Eva Schmitt von der Universität Gießen die Verhandlungspotenziale der EU auf: Ihre Stärke offenbare sich dann, wenn das dynamische interne Ringen um ein klares Mandat gemeistert ist. Die Struktur der Union erkläre, warum sie zu-



Eva Schmitt: „EU ist kein gelähmter Akteur.“

weilen fälschlicherweise als gelähmter Akteur wahrgenommen werde. Unterschätzt werde vielfach das hohe prozessuale Engagement der EU als auch deren relativ bewegliche Linie in internationalen Verhandlungen, welche die Kompromissbereitschaft auf allen Seiten steigern. Insgesamt reüssiere die EU bei der Förderung der Liberalisierung und Transparenz der Wirtschaftskreisläufe, vor allem in Bezug auf Dienstleistungen, Industrie- und neuestens auch Agrargüter. So sei sie auch überzeugt, dass obwohl die Doha-Runde im Augenblick zwar stocke, sie sich dennoch insgesamt in Richtung eines positiven Abschlusses bewege.

Kontrovers wurden die Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA debattiert. Während Michael Pflüger (Universität Würzburg) die EU als Juniorpartner der USA bezeichnet, sieht Knut Brünjes (früher im Bundeswirtschaftsministerium) vielmehr zwei gleichberechtigte Handelspartner. Laut Pflüger gebe es nur zwei Handelspartner auf Augenhöhe, die das bipolare Weltwirtschaftssystem des 21. Jahrhundert dominieren: die USA und China. Essenziell sei somit für die EU, sich in die multilateralen Strukturen einzuordnen.



Michael Pflüger: EU nur Juniorpartner der USA



Knut Brünjes unterstrich die Bedeutung bilateraler Abkommen.

Ausmaßes der Agenda sowie ihrer Details beantwortet sei, könne auch eine tragfähige Analyse vorgenommen werden.

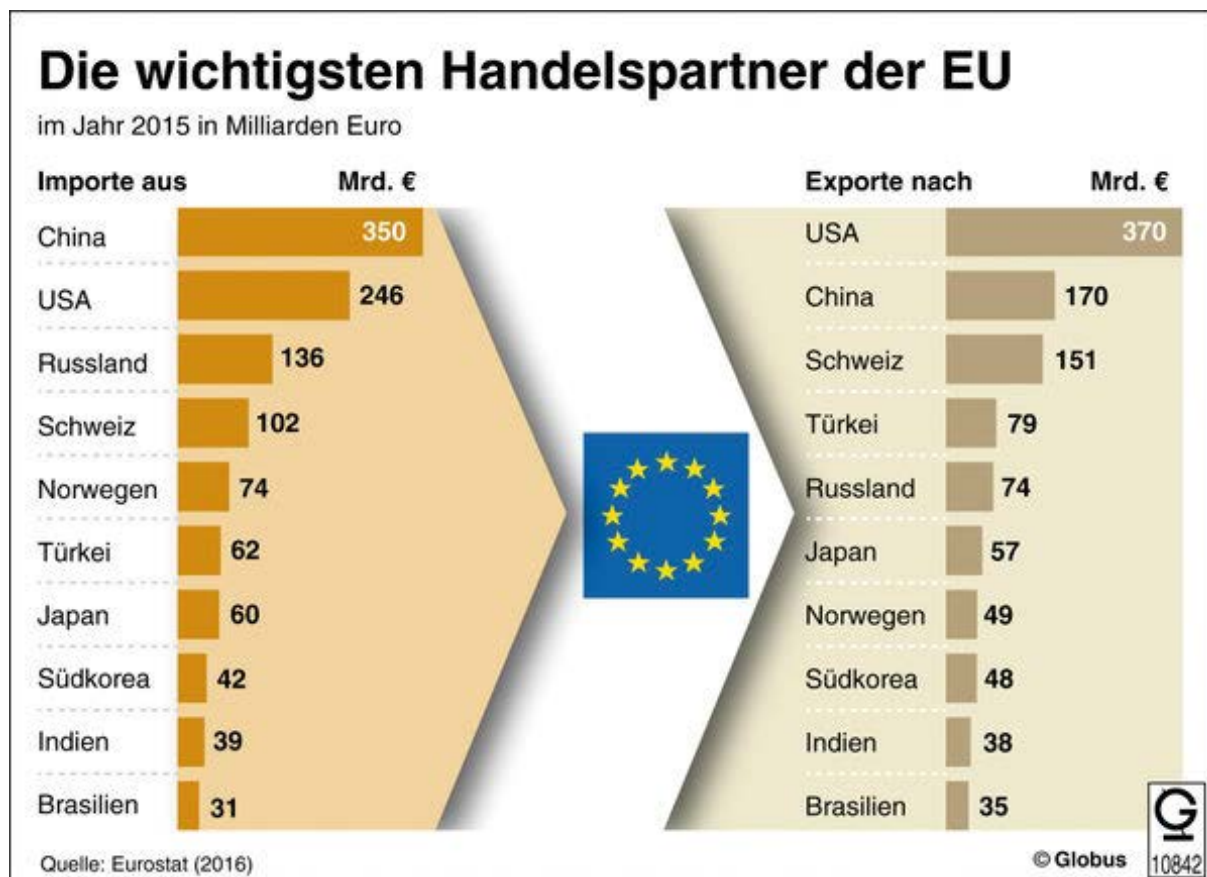
Am TTIP lasse sich laut Brünjes das grundsätzliche Verhältnis von Handelspolitik und Außenpolitik illustrieren: Denn dass die Annäherungsprozesse und die Verhandlungsrunden komplex und langwierig verliefen, sei eben Teil des Spiels der Handelspolitik. Handelspolitik sei stets langfristig und auf eine größtmögliche Nutzenmaximierung ausgelegt, mit dem Ziel, die Vertragspartner dauerhaft zu binden. Folglich könne die Handelspolitik nur bedingt ein Element der Außenpolitik sein, da diese auch kurzfristig agieren müsse. Es sei hierbei jedoch unzweifelhaft, dass die Handelspolitik durchaus die Außenpolitik stütze: im Falle der Europäischen Union deutlich stärker als bei Nationalstaaten.



Andreas Kalina
Anne Harrer

Handelspartner auf Augenhöhe?

Brünjes hingegen unterstrich die Bedeutung bilateraler Abkommen: Insofern sei das zu verhandelnde TTIP auch durch und durch sinnvoll. Gleichwohl sei es nicht möglich, die konkreten Effekte des Abkommens belastbar zu prognostizieren. Erst wenn die Frage des



Brennpunkte europäischer Politik

Die Problemlösungsfähigkeit der EU wird nicht nur wegen des Brexit auf eine harte Probe gestellt. Eine Tagung widmete sich Fragen von Kompetenzen, Migration und Grundrechten.

ARNE NIEMANN, Inhaber des Jean Monnet Lehrstuhls für Europäische Integration an der Universität Mainz, unterschied zwischen den Zugkräften der Integration (zum Beispiel Spillover-Effekte von Integrationsmaßnahmen) und Gegenkräften (etwa divergierende staatliche Zwänge und nationales Souveränitätsbewusstsein).

Über den aktuellen Stand der europäischen Flüchtlingspolitik sprachen Dietrich Thränhardt von der Universität Münster und Constantin Hruschka von der Schweizerischen Flüchtlingshilfe. Thränhardt plädierte dabei für legale Möglichkeiten zur Arbeitsmigration und Integration durch soziale Kontakte. Hruschka stellte die aktuellen Leitlinien der Europäischen Kommission zur Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems vor, welche unter anderem darauf abzielt, eine stärkere Konvergenz im EU-Asylsystem zu erreichen.

Der Soziologe Georg Vobruba von der Universität Leipzig analysierte den Verlauf der Eurokrise. Er machte dabei einen gespaltenen Krisenverlauf aus. Auch wenn sich ökonomische Probleme in den Griff bekommen lassen: Die sozialen Probleme sind geblieben, insbesondere eine hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen EU-Staaten.

Der Europarechtler Walther Michl von der Universität München sprach über Rolle und Funktion des Rechtes bei der Gestaltung der Europäischen Integration. Am Beispiel der aktuellen Diskussionen über die Maut und die Richtlinie über „Schockbilder auf Zigarettenschachteln“ zeigte er Rechtssetzungs- und Überprüfungskompetenzen der EU auf.



Walther Michl: „Datenschutz ist das wichtigste Entwicklungsfeld der Grundrechtskompetenz der EU.“

© Haas

Der Datenschutz, das „wichtigste Entwicklungsfeld der Grundrechtskompetenz der EU“ (Michl), stand im Mittelpunkt eines Workshops über „Big Data“. Die Juristin Marie-Theres Tinnefeld, Björn Friedrich vom Haus der Medienbildung in München sowie Walter Staufer von der Bundeszentrale vertieften einschlägige rechtliche, gesellschaftliche und medienpädagogische

Aspekte. Ein weiterer Workshop befasste sich unter der Leitung von Bettina Schmitt und Christian Gohlke von der Hochschule München mit Planspielen zum Thema „Flucht, Asyl, Migration“.

Ein weiterer „Brennpunkt“ der Tagung war das derzeit verhandelte transatlantische Freihandelsabkommen TTIP. Gabriel Felbermayr, Leiter des ifo Zentrums für Außenwirtschaft, diskutierte darüber mit Linn Selle vom Verbraucherzentrale Bundesverband in Berlin.

„Das letzte Mal wurden vor mehr als 20 Jahren die Regeln des Welthandels modernisiert. Dieses Regelsystem passt nicht mehr für die Weltwirtschaft des 21. Jahrhunderts“, sagte Felbermayr. Ein ambitioniertes transatlantisches Freihandelsabkommen könnte beträchtliche volkswirtschaftliche Vorteile mit sich bringen, so der Ökonom. Linn Selle befürchtet dagegen, dass das Niveau des Verbraucherschutzes aufgeweicht werden könnte: „Moderne Handelsabkommen bergen das Risiko, handelspolitischen Interessen Vorrang vor anderen Gemeinwohlinteressen zu geben“, sagte sie.



Gero Kellermann

* In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Akademie-Report

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158 / 256-0 Fax 08158 / 256-14 Internet: <https://www.apb-tutzing.de> E-Mail: A.Kreitner@apb-tutzing.de

Redaktion: Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.), Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung), Antonia Kreitner (Redaktionsassistentin)

Layout-Konzept: Michael Berwanger Agentur Tausendblauwerk www.tausendblauwerk.de

Druck: Peter Molnar Blumenstr. 26 82407 Wielenbach

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

Medien

Spagat zwischen Helfen und Berichten

Flüchtlinge und Asyl waren seit dem Sommer 2015 das beherrschende Thema der Medien. Journalisten mussten sich die Frage gefallen lassen, ob sie nicht einseitig und zu positiv berichtet hatten.*



Flüchtlinge am Grenzübergang Gevgelija in Mazedonien im August 2015

© Dragan Tatic / Österr. Außenministerium / wikimedia commons

ALS BUNDESKANZLERIN Merkel die Grenzen für die am Budapester Ostbahnhof gestrandeten Flüchtlinge öffnete, war Susanne Glass Studioleiterin der ARD in Wien und damit zuständig für die Berichte aus 12 Ländern in Südosteuropa. Über ein halbes Jahr später sagt sie: „Das Thema hat uns damals überrollt. Ständig haben wir uns überlegt: Wie gehen wir mit diesem schwierigen Thema um? Welche Bilder senden wir? Und was zeigen wir nicht?“

Ihre journalistische Grundhaltung beschreibt sie so: „Ich möchte nicht Teil einer Geschichte – part of the game – werden. Ich will Beobachterin und möglichst

neutrale Berichterstat-
terin bleiben.“ Aber wie will man das durchhalten, wenn eine Flüchtlingsfamilie verzweifelt in einer fremden Stadt nach einer Unterkunft sucht? Nur filmen oder eingreifen und helfen? „In dem Moment hat sich die Geschichte verändert“, sagt Glass, die seit Jahresbeginn das ARD-Studio in Tel Aviv leitet. Man könne immer nur Einzelschicksale darstellen, nie die ganze Geschichte erzählen. Und die Auswahl der Protagonisten habe etwas Subjektives: Wen kann man ansprechen? Stehen Dolmet-

scher zur Verfügung oder kommt man mit Englisch weiter? Zu groß ist die Versuchung, nur englischsprachende, akademisch gebildete Flüchtlinge herauszugreifen und damit ein schiefes Bild der Wirklichkeit zu zeichnen.

Im Zeitalter des Internets erhöhe sich die Geschwindigkeit der Berichterstattung rasant. Dazu kommt der Wunsch nach mehr Emotionalität. Diese Mischung könne einen Verlust an Qualität zur Folge haben.

Worte auf der Goldwaage

Verzerrte Wirklichkeit – das Problem sieht auch Hubert Denk, freier Journalist („Bürgerblick“) in Passau. Er hat die Flüchtlingsströme im Sommer und Herbst 2015 vor Ort im Grenzgebiet zu Österreich beobachtet. Er mahnt: „Wir müssen in dieser Situation unsere Worte auf die Goldwaage legen.“ Grelle Scheinwerfer auf ein Thema und eine polarisierende Sprache seien Probleme, die sich durch das Internet verschärft hätten.

Einen Spagat zwischen „Helfen“ und „Berichten“ sieht auch er. Eines Abends saß vor seinem Haus eine zwölfköpfige irakische Familie, die ein Schleuser dort ausgeladen hatte. „Ich war in der Zwickmühle: Hole ich die Kamera oder helfe ich?“ Denk ging den Mittelweg: Zuerst die Fotos, danach kümmerte er sich um die Menschen. Er sagt: „Wir ha-



Susanne Glass will Beobachterin und möglichst neutrale Berichterstat-
terin sein.

le darstellen, nie die ganze Geschichte erzählen. Und die Auswahl der Protagonisten habe etwas Subjektives: Wen kann man ansprechen? Stehen Dolmet-

* Veranstaltung in Bayreuth in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft Medien

ben die Chance, dorthin zu gehen, wo unser Publikum nicht hinkommt. Dieses Privileg dürfen wir nicht missbrauchen.“

Harsche Kritik („Meinungsabsolutismus“) müssen sich manche Journalisten von Julius Heinrichs gefallen lassen, der selbst als freier Journalist in Leipzig arbeitet. Er sagt: „Einen ‚Willkommensjournalismus‘ darf es nicht geben.“ Damit meint er einen Journalismus, der sich Fragen verschließt, um ja nicht anzuecken. So könnte nämlich das ohnehin schon angeschlagene Vertrauen der Deutschen in die Medien noch weiter sinken, Stichwort Lügenpresse. Heinrichs beobachtet Formen von Selbstzensur, aus Angst, mit kritischen Berichten über Flüchtlinge den Rechtsextremen in die Hände zu spielen. Er befürwortet stattdessen einen Journalismus, der unvoreingenommen hinschaut und keine Aspekte ausblendet. Er appelliert an seine journalistischen Kollegen: „Lasst uns Zweifler nicht sofort als Nazis abstempeln. Lasst uns auch unangenehme Fragen stellen.“

Fragmentierte Diskussion

Eine Verschärfung des Diskurses über die Themen Flucht und Asyl in sozialen Netzwerken beobachtet Caja Thimm. Digitalen Hass habe es seit der Erfindung des Internets gegeben, jetzt sei es nur viel leichter, ihn zu teilen, sagt die Medienprofessorin aus Bonn. Man fühle sich zwar anonym, sei es im Netz aber eben nicht. Es gebe eine „Filterblase“, in der eine fragmentierte und nur noch auf die eigene Gruppe bezogene Diskussion stattfindet. Von anderen bekomme eine solche „Exklusionsgruppe“ nichts mehr mit. Die Öffentlichkeit werde zum Feind erklärt („Lügenpresse“), was wiederum den Zusammenhalt der eigenen Gruppe stärke. Eine Gegenstrategie sei die Schaltung von bezahlten, nicht wegklickbaren Anzeigen vor rechtsextremistischen Youtube-Clips, in denen Flüchtlinge ihre Geschichte erzählen und so eine „Counter Speech“ zu den rassistischen Hasstiraden von Pegida-Funktionären halten.

Dass soziale Netzwerke auch Positives bewirken können, hat Lena Odell bewiesen. Als im September 2015 Tausende von Flüchtlingen am Münchner Hauptbahnhof ankamen, hat sie spontan eine Facebook-Gruppe gegründet. So wurde unkompliziert und effektiv ehrenamtliche Hilfe organisiert und Helfer mobilisiert: Übersetzer und Unterkünfte wurden



Caja Thimm beobachtet einen verschärften Diskurs über Flucht und Asyl in sozialen Netzwerken.



©TOMASCHOFF / TOONPOOL.COM

gesucht, Hilfe bei Behördengängen angeboten und Möbel beschafft. Rund 17 000 Mitglieder hatte die Gruppe in ihrer aktivsten Zeit und konnte so ein breites Netzwerk der Hilfe aufbauen.



Lena Odell: Flüchtlingshilfe über Facebook
© Meyer

Das Fazit der Tagung: Tabuisierungen darf es beim Flüchtlingsthema nicht geben. Sonst wird aus freiem Journalismus Agitation und Propaganda. Stattdessen sollten die immer kruder werdenden Posts in den einschlägigen Facebook-Gruppen öffentlich gemacht werden. Ihre Urheber radikalisieren sich ja auch und werden mehr, weil oft Gegenöffentlichkeit fehlt. Ange-

sichts des wachsenden Misstrauens des Publikums steht die Glaubwürdigkeit der Medien allgemein auf dem Spiel. Gegensteuern ist angesagt. So kann aus der Krise eine große Chance für Qualitätsjournalismus werden.

Michael Schröder
(siehe Presseschau Seite 42)

Linktipps:

<http://www.buergerblick.de/>
<https://juliusheinrichs.wordpress.com/>
<http://www.tagesschau.de/videoblog/videoblog-dossier-nah-ost-ganz-nah-101.html>
 (siehe qr-code)
<https://twitter.com/sprachnerd>
<http://caja-thimm.de>

Buchtipp:

Susanne Glass: **Grenzerfahrung. Vom Balkankrieg bis zur Flüchtlingskrise. München (Herbig) 2016.**



Dialog mit dem Dagegenbürger?

Herausforderungen und Strategien der politischen Kommunikation

Ist politische Kommunikation zur Sisyphosarbeit des 21. Jahrhunderts geworden? Egal, welches Thema: Mehr denn je dominieren Emotionen statt Argumente die Debatten.

POLITISCHE ENTSCHEIDUNGSTRÄGER glauben zunehmend rückwärtsorientierten „Dagegenbürgern“ gegenüber zustehen. Doch auch umgekehrt: Bürger fühlen sich in ihren Belangen von den Führungseliten in Politik und Wirtschaft nicht ernst genommen oder gar ignoriert. Sie sind oft überzeugt, gegen eine Wand anzureden. Mehr noch: Neue Medien und Plattformen potenzieren diese Entwicklung und verändern nochmals den Charakter und die Qualität der Kommunikation: Sie wird kurzlebiger, oft verkürzt, Hauptsache pointiert. Differenzierte Informationsvermittlung scheint immer weniger zu verfangen, umso mehr hingegen Inhalte mit Potenzial zur Aufwiegelung und Entrüstung. Weniger der Dialog denn vielmehr das einseitige, plakative Statement avanciert zum Grundpfeiler der (post)modernen „Kommunikation“.

Kommunizieren Politiker und Bürger tatsächlich aneinander vorbei? Überfordert der Druck zur ständigen Kommunikation die politischen Systeme? Oder umgekehrt: Welche Chancen birgt die neue Kommunikationskultur fürs demokratische Regieren? Das waren Themen einer Fachtagung in Kooperation mit der Vertretung der Europäischen Kommission.

Das Beziehungsdreieck von Politik, Medien und Publikum ist für Thomas Leif (Chefreporter des SWR Fernsehens Mainz) in einer Inszenierungsspirale verfangen. Dafür macht er mehrere Gründe aus:

Für so manchen Politiker scheine angesichts der Komplexität der heutigen Herausforderungen und Problemlagen Inszenierung ein Handlungersatz geworden zu sein. Dabei diene sie auch als eine Art Reaktion auf die entsprechende „Nachfrage“ seitens der Bürger und als Reaktion auf die Eigenlogik und Fehlentwicklungen der Medienlandschaft. Für Leif ist „Inszenierung auch eine Antwort auf die Inkompetenz der Medien, denn mit einem kurzen Wording kommen die Politiker einfach mehr durch.“

Die Medien verlangten ihrerseits zusehends nach inszenierten Botschaften, gleichsam als „Schuhlföbel“ für die Berichterstattung, da nüchterne Nachrichten meist resonanzlos bleiben. Das Motto heiße vielmehr „Reso-

nanz ist Relevanz“. Eine Ursache hierfür sieht Leif auch in einer Qualitätskrise der Medien: Der Faktenjournalismus werde immer stärker vom Meinungsjournalismus abgelöst, zugleich verliere er seine Orientierungsautorität und verkomme letztendlich in einer „Kombination von Convenience-Journalismus und Content-Marketing“. Als Katalysatoren dienten die Sozialen Medien, die die „Eskalation der Formulierung“ befeuerten und die „Überschüttung des öffentlichen Raums mit strukturellen Informationen“ beförderten.

Eventmarketing

Schließlich trüge hierzu die Einstellung und Erwartungshaltung des Bürgers bei, für den die Politik zu mühsam, zu langsam, zu kompliziert ist. Inszenierung räume all diesen Ballast weg und mache die Politik empörungsfähig.

Insgesamt entstünde eine Inszenierungssymbiose, die den Wesenskern der Politik grundlegend herausfordert und verändert. Mehr noch: Da Inszenierung mehr den Regeln des Eventmarketing folgt denn der Logik und den Fakten des politischen Alltags, droht sie gar zum Politikersatz zu verkommen.



Thomas Leif sieht eine Qualitätskrise der Medien.

© Kölmel / Petrus

Einen Hoffnungsschimmer für den Ausstieg aus der Inszenierungsspirale sieht Leif dennoch: Denn die Inszenierung hätte heute bereits den Bogen so weit überspannt, dass sie sich zunehmend selbst diskreditiere: Für viele – in der Politik, in den Medien

und in der Öffentlichkeit – wirke sie übertrieben, überdramatisiert und ermangele an Authentizität. So kommt es nicht von ungefähr, dass zunehmend auch die „Inszenierung der Nicht-Inszenierung“ greife – egal ob in der Landes-, Bundes- oder Europapolitik.

Fragmentierung des Diskurses

Diese Entwicklung macht auch der Politikberater und Staatssekretär a.D. Klaus-Peter Schmidt-Deguelle fest, demzufolge durch die Omnipräsenz in den medialen – vor allem: digitalen – Kanälen schleichend die Glaubwürdigkeit und Akzeptanz schwinden. Zurückhaltung erscheine Politikern immer mehr als die klügere Strategie. Sein Fazit fällt jedoch verhaltener aus:

Infolge der Fragmentierung des politischen Diskurses einerseits und Mediatisierung der Gesellschaft andererseits, kann die notwendige politische Übersichtlichkeit nicht wiederhergestellt werden. Umso mehr seien die politischen Eliten gefordert, in den Dialog mit den Bürgern zu treten und dabei alle Meinungsgruppen einzubeziehen.

Verhärtung und Radikalisierung

Karl-Rudolf Korte, Direktor der NRW School of Governance, sieht hier allerdings eine anhaltende „Gesprächsstörung“ als Hindernis: Infolge der von den Medien vorgegebenen Darstellungslogiken schaffen es politische Eliten immer weniger, „Legitimation durch Kommunikation“ herzustellen. Dazu trägt auch bei, dass der Adressat der Kommunikation ihren Charakter verändert: Befördert durch die Sozialen Medien wird die Öffentlichkeit zunehmend fragmentiert, es etablieren sich vielmehr so genannte „Mini Publics“ – also kleine, konsonante Foren und Öffentlichkeiten, die nebeneinander existieren, miteinander aber kaum interagieren und sich stattdessen in ihren Positionen verhärteten und zum Teil radikalisierten. Die klassische Öffentlichkeit verstummt eher und wird zur schweigenden Mehrheit. Dies erschwert die politische Ansprache: Sie muss heterogener werden, zielgruppenspezifisch sein und sich trotz der Digitalisierung auch der klassischen Retroelemente und interpersoneller Kommunikation bedienen: Nur dann könne die Politik wieder ihre Sprachfähigkeit zurückerlangen.

Wie schafft man es unter den Ungewissheiten und Herausforderungen am Anfang des 21. Jahrhunderts einen Dialog zwischen Politik und Bürgern zu begründen und aufrechtzuhalten? Was sind Voraussetzungen für politische Führung und Resonanz?

„Politik braucht Vertraulichkeit“

Nach Einschätzung von Georg Streiter, einem der stellvertretenden Sprecher der Bundesregierung, wachse bei Menschen, die sich heutzutage zu politischen Entscheidungen äußern, der Anteil derjenigen mit einer pauschalen Ablehnungshaltung: Sie äußern einen diffusen Unmut, benennen in der Regel keine Alternativen und verweigern oft den konstruktiven Diskurs. Doch auch gerade mit diesen „Lagern“ und „Mini Publics“ müsse die Politik in Dialog treten und einen offenen und fairen Umgang pflegen.



Georg Streiter: „Nicht alles kann zu jedem Zeitpunkt kommuniziert werden.“

Streiters Handlungsempfehlungen für die Politik sind: Alle Menschen und Positionen, die sich im Rahmen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bewegen, ernst zu nehmen, Verständnis für komplexe Sachverhalte zu schaffen, Handlungsfähigkeit und Lösungskonzepte aufzuzeigen und Freiraum zur Reflexion zu fördern. Allerdings ist auch unabdingbar, dass es ein öffentliches Verständnis dafür gibt, dass nicht alles zu jedem Zeitpunkt kommuniziert werden könne: „Politik braucht auch einen geschützten Raum, einen Bereich der Vertraulichkeit, um frei reflektieren zu können und mögliche Lösungen auszuloten“.

Frühzeitig und transparent

Die Unternehmenskommunikation steht vor ähnlichen Herausforderungen: Auch hier sehen sich die Verantwortlichen verstärkt mit Gegenparts konfrontiert, die vor allem an der „Null-Variante“ interessiert sind, so die Einschätzung von Hans-Joachim Bues, dem Leiter des Konzernbereichs Unternehmenskommunikation der Flughafen München GmbH. Als Maxime gilt auch hier die frühzeitige und transparente Kommunikation und Einbindung aller Betroffenen, wobei den Befürwortern und den Gegnern Raum und Gehör geschenkt werden müsse. Dennoch müsse – genauso wie in der Politik – zu einem gewissen Zeitpunkt eine Entscheidung herbeigeführt werden, die zwangsläufig jeweils ein „Gewinner- und ein Verliererlager“ zur Folge habe. Entscheidend ist es auch hier, die Argumente, die zu einer Entscheidung geführt haben, offen zu legen. Dies sei Voraussetzung für die Legitimität jeder Entscheidung.

Richard Kühnel, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, verdeutlichte die zusätzlichen Herausforderungen der politischen Kommunikation von EU-Entscheidungen, zumal zu den grundsätzlichen Erschwernissen der politischen Kommunikation noch die besondere Struktur der EU hinzukäme: als komplexes Mehr-Ebenensystem von Union, Mitgliedsstaaten und deren Regionen, als eine Gemeinschaft von 28 Staaten mit 28 nationalen Öffentlichkeiten und 24 Amtssprachen, als ein politisches System ohne genuine, gewachsene Bürgerschaft. Sein Fazit: Ebenso wie die europäische Politik kann auch die europäische Kommunikation nur in einem Verantwortungsverbund funktionieren.

Weniger zuversichtlich ist hier der ehemalige österreichische EU-Kommissar Franz Fischler, der in den Kommunikationsmängeln die Symptome einer systemischen Krankheit der EU sieht: Zum einen wollen die Mitgliedsstaaten nicht, dass EU-Institutionen die Hoheit in der Kommunikation haben. Zum anderen sei die EU nicht besonders talentiert, um zu kommunizieren. Denn neben den strukturellen Merkmalen würde in Brüssel regelmäßig Kommunikation mit In-

formation verwechselt, weshalb es kaum zum Dialog komme. Dennoch macht Fischler deutlich: „Die defizitäre Kommunikation ist nur eine Verstärkung der aktuellen Sinn- und Vertrauenskrise der EU, sie ist nicht deren Ursache.“

Auch für Werner Weidenfeld, den Direktor des Zentrums für angewandte Politikforschung, liegt die größte Herausforderung im „Fehlen eines Orientierungspunktes in der heutigen Zeit der Ungewissheiten“. Man sähe überall situatives Krisenmanagement, nirgendwo aber eine strategische Problemlösung: Erforderlich wären vielmehr „mehr Aufwand für Deutung und Erklärung“, „ein strategischer Kopf“ und „ein neues, zeitgemäßes Narrativ“. Politische Kommunikation, die auch verfängt und für Legitimation sorgt, gehe einher mit einer klugen politischen Führung.

Auch wenn die Wurzeln für die heutigen politischen Krisen tiefer angesiedelt sind als in der Kommunikation, enthebt es die Akteure nicht, sich mit den Möglichkeiten und Chancen durch die neuen Medien auseinanderzusetzen. Die Tagung verdeutlichte allerdings, dass die digitalen Kommunikationskanäle mehr Fluch als Segen sind.



Dana Manescu: Gefahr des Ausschlusses bestimmter Bevölkerungsgruppen aus der digitalen Kommunikation

Eine vorläufige Bilanz zum Einsatz von sozialen Plattformen in der EU zog aus Sicht der Praxis Dana Manescu, Abteilungsleiterin für Soziale Medien in der Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission. Insbesondere bemängelte sie die Gefahr des Ausschlusses bestimmter Bevölkerungsgruppen und die mangelnde Rückbindung zu den Nutzern: Die Kommunikation verlief vorwiegend in eine Richtung, es sei kaum möglich einen breiten Dialog zu initiieren; vielmehr etablierten sich kleine, ähnlich zusammengesetzte „Gesprächskreise“.

Verrohung des Diskurses

Aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive zeigte Christoph Neuberger von der Universität München auf, dass die digitale Spaltung kein theoretisches Konstrukt oder ein Schreckgespenst ist, sondern eine ernstzunehmende Gefahr: Die virale Kommunikation bietet zwar mehr und zusätzliche Zugangs- und Beteiligungschancen, allerdings lasse sich dabei sehr wohl eine digitale Spaltung erkennen. Auch der Zerfall der Öffentlichkeit und vor allem eine Verrohung des Diskurses lassen sich durch aktuelle Studien belegen.

Paul F. Nemitz, Direktor für Grundrechte und Bürger-schaft in der Generaldirektion Justiz der EU-Kommission, beschäftigte sich mit der Frage, ob und wie sich Hetze im Internet besser kontrollieren lasse und welche Möglichkeiten es gibt, diese zu unterbinden. Ein Hauptproblem sei vor allem der schmale Grat zwischen Zensur und dem Recht auf freie Meinungsäußerung. Anhand aktueller Absprachen, Richtersprüche und Gesetzesakte verdeutlichte Nemitz, dass erfolgversprechende Auflagen an die großen Internetkonzerne nur dann zu realisieren sind, wenn sie vonseiten der Europäischen Union insgesamt kommen. Nur so könne man genügend Gewicht in die Waagschale werfen – zudem würden dadurch europaweit verbindliche Rahmenbedingungen geschaffen.

Exklusive Meinungsführerschaft

Die digitalen Plattformen stellen aber nicht nur einen Kommunikationskanal dar, sondern auch ein Partizipationsinstrument, das idealerweise eine neue Arena des Politischen begründen solle. Für Gary Schaal von der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg gehen hier die Hoffnungen und Realität weit auseinander: Die oft geäußerte Hoffnung ist, dass das Internet demokratische Deliberation als zusätzliches Instrument der politischen Entscheidungsfindung ermöglichen könne, d. h. eine anspruchsvolle Diskussion zwischen allen (relevanten) Teilnehmern, die sich als gleich betrachten. Empirische Befunde aus dem kommunalen Bereich zeigen hingegen, dass vielmehr Inklusions-, Beteiligungs- und Erwartungsasymmetrien entstehen. Aufgrund der fragmentierten Öffentlichkeit wird die Diskussion durch Gruppendenken beherrscht, es entstehen neue Formen von exklusiver Meinungsführerschaft und anstelle von rationaler Deliberation beobachtet man vermehrt eruptive Emotionsäußerungen. Insofern unterstrich auch Schaal die Beobachtungen und Analysen der Vorredner: In die sozialen Medien und in das Internet werden oft Erwartungen herangetragen, denen sie nicht standhalten können. Sie werden vorrangig zur Missstandskommunikation genutzt, wobei erwartet wird, dass die Politik darauf nicht reagiert.

Daher sollte auch die politische Kommunikation in den neuen Medien keine Allheilmittel sehen, sondern nur unterstützende Formate, die bedacht eingesetzt werden können. Trotz aller Krisen galt das einhellige Plädoyer für die repräsentative Demokratie und damit für die politische Führung. Der Erfolg der politischen Kommunikation liegt an der Verantwortlichkeit und am strategischen Denken und Handeln der politischen Eliten, nicht an den Instrumenten. Nur dann lässt sich eine legitime Ordnung aufrechterhalten – auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene.

*Andreas Kalina
Sibylle Kölmel*

Journalismus

„Old school statt digitaler Dünkel“

Die Rückbesinnung auf klassisches Handwerk gepaart mit der Anwendung neuer digitaler Technik und Verbreitungskanäle sichert Qualität im Journalismus und trägt zur Stabilisierung der Demokratie bei.



Journalismus anno 1942: die Nachrichtenredaktion der New York Times
© Marjory Collins / United States Library of Congress

JOURNALISTEN werden im Zeitalter der Digitalisierung und des „Jedermann“-Journalismus immer weniger als Schleusenwärter im Nachrichtenstrom benötigt. Die digitale Revolution in Staat und Gesellschaft krempelt auch die Medienlandschaft um. Sie stellt journalistische Arbeitsweisen und das journalistische Selbstverständnis in Frage. Immer mehr und komplexere Themen müssen in immer kürzerer Zeit bearbeitet werden. Gleichzeitig werden mehrere Auspielwege bedient: Print-, Audio-, Foto- und Videoformate. Die Reaktionen des Publikums sollen auf Rückkanälen beantwortet und die sozialen Netzwerke als Quelle für Recherchen benutzt werden.

Erosion des Geschäftsmodells

Der Passauer Medienwissenschaftler Ralf Hohlfeld sagt: „Journalismus hat ein Qualitätsproblem und ein Qualitätssicherungsproblem. Die Lösung ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft, nicht nur eine der Journalisten. Denn sie sind ein Teil des Problems.“ Hohlfeld beobachtet, dass die Fliehkräfte in der Ge-

sellschaft zunehmen und dass sie auseinanderdriften. Die Indizien: zunehmender Populismus, Radikalisierung, Gewalt und Terror. Das Geschäftsmodell des Journalismus erodiert und es setzt sich eine Abwärts spirale in Gang: Immer weniger Menschen sind bereit, für Medien zu zahlen. Ausgedünnte oder gar geschlossene Redaktionen mindern die Qualität. Und von minderer Qualität wendet sich das Publikum ab. „Der Markt für Qualitätsjournalismus wird sich innerhalb einer Generation drastisch verkleinern“, meint Hohlfeld. Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sollten ein großes Interesse daran haben, dass es weiterhin journalistisch-professionelle Institutionen gibt, durch die sich die Bürger gut informieren und so zu qualifizierten Einschätzungen gelangen können.

Konforme Berichterstattung

Immer mehr Menschen befinden sich nach den Worten des Passauer Journalistikforschers in einer „Filter-Bubble“. Sie würden nur noch von personalisierten Informationen erreicht, die das eigene Meinungs- und Weltbild verstärken. Die Konfrontation mit Unerwartetem, Neuem und Überraschendem bleibe aus. Hohlfeld sieht eine konforme und oftmals hysterische Berichterstattung mit dem gleichzeitigen Hang zum vorausseilenden Gehorsam. Er forderte eine multimediale Ausbildung und dialogorientiertes, transparentes Arbeiten bei autonomer Themensetzung.



Diskutierten über die Zukunft des Qualitätsjournalismus: Joachim Braun, Petra Sorge und Ralf Hohlfeld (v.l.).

Der Chefredakteur der Frankfurter Neuen Presse, Joachim Braun, teilt die Sicht des Wissenschaftlers aus der Perspektive des Praktikers: „Wenn der Journalismus kein Qualitätsproblem hätte, wäre das wirtschaftliche Problem kleiner. Die Menschen zahlen doch für Geschichten, die sie berühren und die sie weiterbringen – sie erkennen journalistische Leistung an.“



Die Bildredaktion der „Welt“ in Berlin im Jahr 2012.
© Ralf Roletschek / wikimedia commons

Bezahlschranken im Internet könnten als Modell zur Qualitätssicherung dienen. Nutzern werde klar gemacht, dass journalistische Inhalte mit exklusiven Inhalten auch im Netz Geld kosten. Und den Redaktionen werde deutlich, dass sie für diese Geld auch Qualität liefern müssen. Stiftungsmodelle, die Hohlfeld vorschlug, wurden von der Medienjournalistin Petra Sorge vom Cicero abgelehnt: „Journalismus ist nicht gemeinnützig.“

Multichannel-Publisher

Einer, der digitalen Journalismus täglich lebt, ist Holger Schellkopf, stellvertretender Chefredakteur der Mittelbayerischen Zeitung in Regensburg und verantwortlich für den online-Auftritt dieser Regionalzeitung. Er sagt: „Die Gleichung jung = digital stimmt genauso wenig wie alt = analog.“ Der Autor alter Prägung wird für ihn zum „Multichannel-Publisher“, zum „kompetenten Reichweiten- und Beziehungsmanager zum Publikum“. Für ihn ist die Zukunft des Printjournalismus online. Beim Umbau der Redaktionen brauche es mehr Mut zum Risiko, zum Ausprobieren und auch mal zum Scheitern: „Es ist kein Problem, wenn mal was schiefgeht.“



Holger Schellkopf: „Die Zukunft des Printjournalismus ist online.“
© Haas / Schröder / Petrus

Zukünftige Qualität wird auch durch eine gute Ausbildung gesichert. Christine Schröpf ist Leitende Redakteurin für Landespolitik und zuständig für die Volontäre der Mittelbayerischen Zeitung. Ihr Credo

lautet: „Digitale Ausbildung funktioniert nur in Medienhäusern mit digitalem Gesamtkonzept“ – und sie müsse im Berufsalltag stattfinden. Schröpf benennt ein Problem: „Die Ausbildungsdauer bleibt gleich, aber die Fülle der Inhalte wächst. Gutes journalistisches Handwerk bleibt die Basis und muss vermittelt werden. Das wird gebraucht – egal ob online oder Print.“

Rückbesinnung auf klassisches Handwerk

Clemens Finzer leitet die Ausbildungsredaktion des Bayerischen Rundfunks und weiß: „Die Anforderungen und Erwartungen an die Volontäre werden größer. Aber die Ausbildungszeit will er

dennoch nicht verlängern: „Nach einem Hochschulstudium noch eine dreijährige Ausbildung anzuhängen – statt der gewohnten zwei Jahre – ist eine Zumutung.“ Finzer bemerkt, dass die Volontäre selten an den Herausforderungen des Digitalen scheitern, sondern an journalistischen Grundfertigkeiten wie: gründliche Recherche, Zeitmanagement und der Prioritätensetzung beim Erzählen einer Geschichte.

Rückbesinnung auf alte Kernwerte des Journalismus („old school statt digitaler Dünkel“) fordert auch Andreas Wolfers, Leiter der Henri-Nannen-Journalistenschule in Hamburg: „Wir sind eine Text-Schule.“ Klassisches Handwerk – Recherche, Verifikation, Auswahl, Gewichtung, Einordnung – steht bei ihm weiter im Zentrum der Ausbildung, ohne das Digitale zu vernachlässigen. Entscheidend für journalistisches Handeln bleiben Schnelligkeit, Genauigkeit und Originalität.



Andreas Wolfers: „Die Technologiedebatte überlagert völlig, wozu es wirklich geht.“

„Die Technologiedebatte überlagert völlig, wozu es wirklich geht: Wir brauchen Leute mit Wissen. Journalismus hat etwas mit Intelligenz zu tun“, meint Wolfers. „Nur weil wir digitale Tools nutzen, ist es noch kein neuer Journalismus. Am meisten findet man immer noch heraus, wenn man im entscheidenden Moment zum Telefon greift.“

Vanessa Wormer weiß, was Recherche bedeutet. Sie ist im Team der Süddeutschen Zeitung Expertin für Datenjournalismus. Im Investigativressort der Zeitung war sie an den Recherchen rund um die „Panama-

Papers“ beteiligt. Sie beschäftigt sich mit „Strukturen statt Anekdoten“. Sie setzt auf interdisziplinäre Teams, um die Algorithmen zu entschlüsseln: „Wenn sich der Journalist nicht damit auskennt, muss er Experten hinzuziehen.“ Die Vernetzung sei sinnvoll und nötig.


Daniel Moßbrucker hat mit einer Story über die Unmengen von Datenspurten, die er im Zuge einer Recherche produziert hat, für Aufsehen gesorgt. Er beklagt, dass der Informantenschutz im digitalen Zeitalter nicht mehr gewährleistet werden kann und so das Zeugnisverweigerungsrecht der Journalisten ausgehöhlt wird. Datenverschlüsselung oder – wenn möglich – der Verzicht auf digitale Recherche müsse Standard im investigativen Journalismus werden.



Gudrun Riedl (Bayerischer Rundfunk) und Michael Wegener (ARD-aktuell): Qualitätssicherung durch Verifikation digitaler Quellen

Verifikation digitaler Quellen

Die Zahl der echten oder vermeintlichen Informationsquellen nimmt durch die rasante Vermehrung digitaler Verbreitungs Kanäle immens zu. Hier die Spreu vom Weizen zu trennen, ist eine zentrale Aufgabe, um dem Märchen von der „Lügenpresse“ entgegen zu treten und die angekratzte Glaubwürdigkeit der Medien wiederherzustellen. Denn die ungeprüfte Übernahme von Quellen für die Berichterstattung kann große Probleme bereiten – wenn sich die Fotos oder Videos als gefälscht, sinnentstellt oder in falsche Zusammenhänge eingebettet herausstellen. Gudrun Riedl, stellvertretende Leiterin von BR24 (Bayerischer Rundfunk), und der Leiter des ARD-aktuell Content Centers Michael Wegener, erläuterten, mit welchem großem Zeit-

aufwand und mit welchen Methoden und Strategien sie mit ihren Teams die Verifikation digitaler Quellen bewältigen. „Gewissheit geht vor Schnelligkeit“, sagt Wegener. Damit wird die journalistische Qualität gesichert, Glaubwürdigkeit gesteigert und die Arbeit der Redaktionen transparenter. Zentrale Voraussetzungen für den Qualitätsjournalismus der Zukunft – egal auf welchen Kanälen, egal ob auf Papier oder im Netz. 

Sebastian Haas
Michael Schröder

Ausführliche Berichte über die Tagung im Netz:

<https://www.apb-tutzing.de/news/2016/journalismus-digital.php>
<https://storify.com/apbtutzing/apbdigital-tweets-blogs-und-dann-journalismus-im-d>



Fast 60 Prozent der Deutschen wollen nicht für Online-Nachrichtenangebote zahlen. Jüngere Personen sind eher bereit, für Online-Journalismus in die Tasche zu greifen: Von den 20- bis 29-Jährigen würden 47 Prozent zumindest kleine Beträge bezahlen. Im Schnitt würden die zahlungswilligen Deutschen 5,45 Euro pro Monat für eine Seite wie Spiegel.de, Bild.de oder Zeit.de zahlen (2014).

© Andreas Griebel / statista

Informationstechnologien

Mündig in der smarten Welt

Technische, juristische oder moralphilosophische Kenntnisse allein reichen für einen angemessenen Umgang mit Informationstechnologien nicht mehr aus. Informatiker diskutierten mit Nichtinformatikern über die Selbstbestimmung im Informationszeitalter*.

PETER LIGGESMEYER, Präsident der Gesellschaft für Informatik, sowie deren Münchner Sprecher Wolfgang Glock erinnerten an die eigene gesellschaftliche Verantwortung. Glock bezeichnete die Informationstechnologie als branchenübergreifende „Querschnittstechnologie“ und betonte: „Informationssysteme, mobile Systeme, Embedded Systems oder Smart Ecosystems, alle sind auf Daten angewiesen.“ Hannes Schwaderer, Präsident der Initiative D21 und Intel-Geschäftsführer, stellte sich der Frage: Benötigt die Gesellschaft Informatikkompetenz? Schließlich habe die Informationstechnologie mittlerweile in fast jedem Geschäftsbereich Einzug gehalten, ist ein weiter wachsender Wirtschaftsfaktor und treibe die Entwicklung neuer Berufsbilder voran.

Klaus Mainzer, Inhaber des Lehrstuhls für Philosophie und Wissenschaftstheorie an der TU München, sprach über die Entwicklung von Informations- und Kommunikationsnetzen zu intelligenten Infrastrukturen, sowie von Fahrerassistenzsystemen bis zur intelligenten Mobilitätsinfrastruktur. Dabei beschwichtigte er: „Industrie 4.0 bedeutet keine menschenleere Fabrik.“ Nichtsdestotrotz müsse man sich fragen, wie Big Data in intelligenten Infrastrukturen zu meistern sei – denn „Amazon weiß heute bereits, was wir morgen einkaufen werden.“

Digitalisierung wertgebunden begegnen

Beim Akademie-Sommergespräch diskutierte die bayerische Wirtschaftsministerin Ilse Aigner mit der Publizistin und Informatikerin Constanze Kurz, die unter anderem Sprecherin des Chaos Computer Clubs ist. Die Diskussion war geprägt von einer Vertrauenskrise in die Gestaltungsmacht der Politik gegenüber der scheinbar übermächtigen Informationstechnologie,



Constanze Kurz: Politik muss Sorgen ernst nehmen.

© Haas



Ilse Aigner: Europäische Initiativen notwendig.

welche das gesellschaftliche Leben digitalisiert und in weiten Teilen auch kommerzialisiert. Constanze Kurz hofft darauf, dass die politisch Handelnden auch weiterhin die Sorgen derer ernst nehmen, die sich kritisch und wertgebunden gegenüber der Digitalisierung positionieren. Ilse Aigner betonte die Bedürfnisse der Wirtschaft und setzt darauf, dass die (bayerischen) Unternehmen in einer weltweit vernetzten Welt Herr ihrer eigenen Geschäftsmodelle bleiben – dafür sorgten als erster Schritt unter anderem europäische Gesetzesinitiativen zur Datensicherheit wie die Datenschutzgrundverordnung.

Das Abschlusspodium widmete sich der Frage, welche Bildungsangebote für einen verantwortungsvollen Umgang mit Informatik benötigt werden. Darüber diskutierten Bildungsstaatssekretär Georg Eisenreich, die Geschäftsführerin der Initiative D21 Lena-Sophie Müller, der IT-Trainer Tobias Schrödel sowie der Sprecher des Fachbereichs „Informatik und Gesellschaft“ der Gesellschaft für Informatik Jens Martin Loebel.

Ist die Gesellschaft auf die Digitalisierung vorbereitet? Nicht wirklich, auch wenn die ersten Schritte gemacht sind – so kann das gemeinsame Fazit lauten. Nach Einschätzung Eisenreichs sei die Digitalisierung „nicht zu verhindern, sie wird die Welt verändern, also bedarf es des mündigen Bürgers.“ Daher sei auch die Einführung eines Medienführerscheins an bayerischen Schulen wichtig, um Medienkompetenz zu erlernen. Jens Martin Loebel bemerkte, dass der Umgang mit einem Tablet nicht automatisch zu Informatikkenntnissen führe, genauso wie der Taschenrechner allein nicht Mathematik unterrichte.

Sebastian Haas

Die Aufzeichnung des Akademiegesprächs wird am 6. August um 22.30 Uhr auf ARD-alpha ausgestrahlt und ist in der Mediathek abrufbar.

* Kooperationstagung mit der Gesellschaft für Informatik

Konstruktiver Wettstreit der Generationen

Rund 140 Mitglieder des „Parlaments der Generationen“ diskutierten und verabschiedeten im Bayerischen Landtag Maßnahmen zur Gestaltung des demografischen Wandels.

HAND AUFS HERZ: Die meisten von uns neigen dazu, anstehende Veränderungen so lange zu ignorieren, wie deren Auswirkungen noch nicht zu spüren sind – und bei unliebsamen Veränderungen ist unsere Verdrängungsbereitschaft vermutlich am größten. Dieser Mechanismus lässt sich am demografischen Wandel sehr gut beobachten: Er ist in der öffentlichen Debatte mit Stichworten wie Überalterung und Fachkräftemangel vorwiegend negativ besetzt, und wenn über ihn berichtet wird, dann oft mit Bezug auf das Jahr 2030 oder später. Kein Wunder also, dass der demografische Wandel im Bewusstsein vieler Menschen nur eine Nebenrolle spielt. Auch Politik und Wirtschaft tun sich jenseits aller abstrakten Strategien schwer, konkrete Antworten auf diese Veränderungen zu finden. Dabei birgt die Tatsache, dass unsere Gesellschaft langfristig älter, vielfältiger und auch kleiner wird, durchaus positive Effekte. Und wer den demografischen Wandel nicht nur verwalten, sondern gestalten will, der sollte heute damit anfangen.

Hier setzt das Parlament der Generationen an. Es ist eine Politiksimulation, die die Akademie bereits 2013 im Rahmen des damaligen Wissenschaftsjahres „Die demografische Chance“ entwickelt und in Kooperation mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung erstmalig durchgeführt hat. Die jetzige Neuauflage fand erneut unter Leitung der Akademiedirektorin Ursula Münch statt, der mit Jörg Siegmund, Robert Lohmann und Sebastian Schäffer wiederum erfahrene Simulationsexperten zur Seite standen. Als Kooperationspartner konnte der Bayerische Landtag gewonnen werden, der mit dem Maximilianeum einen würdigen Rahmen für diese Veranstaltung zur Verfügung stellte und die Akademie bei der Vorbereitung und Durchführung unterstützte.

Soziales Experiment

Beim Parlament der Generationen handelt es sich um ein soziales Experiment, da die Verhandlungen und Abstimmungen in diesem Parlament zwar bestimmten



Adäquater Rahmen für den Wettstreit der Ideen: der Plenarsaal des Bayerischen Landtags

© Bayerischer Landtag / Rolf Poss

Regeln folgen, das Ergebnis aber von den Entscheidungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer abhängt und nicht vorhersehbar ist. Mit diesem Experiment kann untersucht werden, wie sich die skizzierten demografischen Veränderungen auf den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess auswirken. Wie beeinflusst beispielsweise die Alterung unserer Gesellschaft die politischen Diskussionen, die Mehrheitsfindung und damit auch die Abstimmungsergebnisse bei künftigen Gesetzgebungsverfahren? Führt sie etwa dazu, dass sich die vielen Senioren nur noch für Rentenpolitik einsetzen, während Fragen der Aus- und Fortbildung junger Menschen oder der Kinderbetreuung in den Hintergrund gedrängt werden? Oder wird es der Bevölkerung und ihren gewählten Repräsentanten gelingen, wichtige Zukunftsprojekte auch unter den Bedingungen einer veränderten Zusammensetzung der Wählerschaft anzupacken?

Neben der Beantwortung dieser Fragen führt das Parlament der Generationen bei den Mitwirkenden zu einem nachhaltigen Lerneffekt, der durch die Verbindung von Handlungs- und Reflexionsphasen weit über die Effekte reiner Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen hinausgeht. Dabei erfahren die Teilnehmer natürlich nicht nur etwas über den demografischen Wandel, sondern auch viel über die Verfahren und Schwierigkeiten der parlamentarischen Entscheidungsfindung. Übrigens nahmen auch Landtagsabgeordnete und Parlamentspräsidentin Barbara Stamm regen Anteil an der Veranstaltung, so dass die Ergebnisse sicherlich in die Arbeit des Landtags einfließen werden. Und schließlich kann und soll das Parlament der Generationen das Thema Demografischer Wandel in die breite Öffentlichkeit tragen und zahlreiche Menschen und Institutionen ermuntern, sich ebenfalls mit diesen gesellschaftlichen Veränderungen auseinanderzusetzen.



Der Krieg der Generationen fand nicht statt – sachliche Debatten im Plenum und in den Ausschüssen.

© Bayerischer Landtag / Rolf Poss

Um zu untersuchen, wie sich die veränderte Zusammensetzung der Bevölkerung auf den politischen Entscheidungsprozess auswirken wird, hat das Parlament der Generationen als Zwillingsparlament gearbeitet. Während die eine Hälfte der 140 Teilnehmerinnen und Teilnehmer hinsichtlich ihres Alters, Geschlechts und Migrationshintergrunds die heutige Bevölkerung Deutschlands repräsentierte, war die andere Hälfte ein Spiegelbild der zu erwartenden deutschen Gesellschaft des Jahres 2050. Beide Teilnehmergruppen bildeten jeweils ein eigenständiges Parlament. Diese Parlamente arbeiteten strikt getrennt voneinander, behandelten aber die gleichen Themen und glichen sich auch in ihrem Aufbau und ihrer Arbeitsweise. So verfügte jedes Parlament über zwei Fachausschüsse, in denen die Beschlussvorlagen erarbeitet wurden, sowie über vier Generationenräte, in denen sich jeweils die Mitglieder einer Altersgruppe über die gemeinsamen Interessen und Verhandlungsstrategien verständigen sollten. Und natürlich gab es in jedem dieser Parlamente auch ein Plenum, in dem am Ende über die Beschlussvorlagen abgestimmt wurde.

Demografischer Wandel sichtbar

Beide Parlamente unterschieden sich nur in ihrer Zusammensetzung, weil dadurch die Diskussionsverläufe und Beschlüsse am Ende verglichen und daraufhin untersucht werden konnten, wie die veränderten demografischen Merkmale den politischen Prozess und dessen Resultate beeinflusst haben. Allerdings waren die Unterschiede in der Zusammensetzung schon für sich genommen so beeindruckend, dass sie den Teilnehmern und Beobachtern gleich zu Beginn einen nachhaltigen Eindruck von den Dimensionen des demografischen Wandels vermitteln konnten. Besonders gravierend waren die Veränderungen bei der ältesten Generation der über 66-Jährigen: Ihr gehörten lediglich 23 Prozent der Mitwirkenden des Szenarios 2016 an, aber gut 36 Prozent des Szenarios 2050. Ebenfalls auffällig war der zunehmende Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund: von einem Fünftel im Szenario 2016 auf etwa ein Drittel im Szenario 2050.

Um all diese Veränderungen im wahrsten Sinne sichtbar zu machen, haben wir die Mitwirkenden nach ihrem tatsächlichen Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund entsprechend der angestrebten Zusammensetzung der beiden Parlamente ausgewählt. Im Szenario 2050 dominierte somit wirklich die Haarfarbe grau. Die authentische Zusammensetzung des Parlaments der Generationen war darüber hinaus auch deshalb wichtig, weil nur so realistisch über die Interessen der einzelnen Bevölkerungsgruppen diskutiert werden konnte und klischeehafte Positionierungen vermieden wurden.

Lebensqualität in schrumpfenden Regionen

Der demografische Wandel bestimmte neben der Zusammensetzung auch die Themen, über die bei dieser Politiksimulation verhandelt wurde. So stand die Zukunft der Daseinsvorsorge in schrumpfenden Regionen ebenso auf der Agenda wie eine „Qualitäts-offensive Bildung“, die unterschiedliche Angebote für die verschiedenen Altersgruppen beinhalten sollte. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten zu beiden Themen bereits im Vorfeld umfangreiche Informationen erhalten.

Fünf Beobachtungen und Erkenntnisse sind besonders erwähnenswert:

An erster Stelle sind das große Engagement und die Ernsthaftigkeit aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer hervorzuheben. Immerhin erfordert es ja eine gewisse Überwindung, wenn man sich mit fremden Menschen in einem Sitzungssaal des Landtags wiederfindet und nach einer nur kurzen Einführung darüber



Eine bunte Mischung nach Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund versammelte sich im Parlament der Generationen.

© Bayerischer Landtag / Rolf Poss

diskutieren soll, ob in schrumpfenden Regionen eher die Gesundheitsversorgung oder der öffentliche Personennahverkehr gefördert werden muss. Dabei war es sicherlich von Vorteil, dass etwa zwei Drittel aller Mitwirkenden von Landtagsabgeordneten auf diese Simulationsveranstaltung aufmerksam gemacht wor-

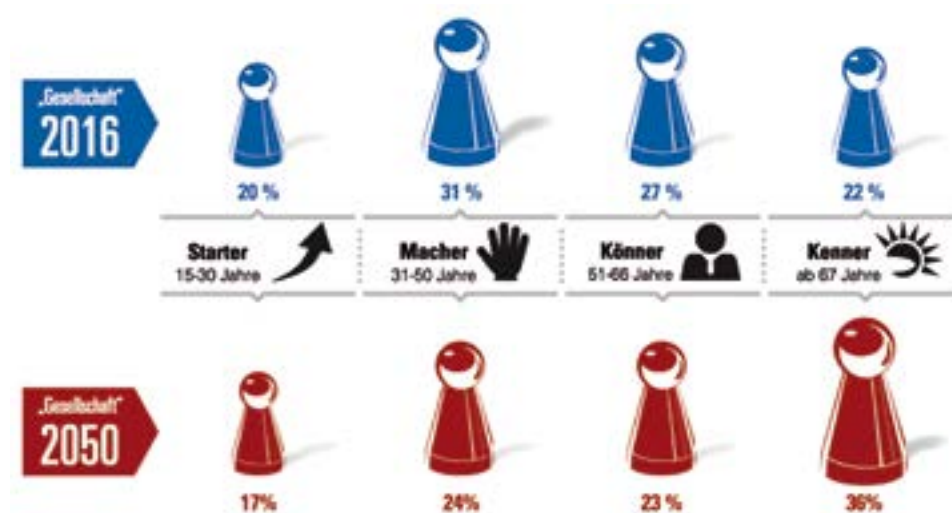
den waren. Viele Teilnehmer hatten damit zumindest kommunalpolitische Erfahrungen oder sind in Vereinen und Verbänden aktiv, so dass sie mit den Mechanismen der Interessenartikulation und der Kompromissfindung vertraut waren. Trotzdem waren es eben keine Berufspolitiker, die am Parlament der Generationen teilgenommen haben, sondern eine Krankenschwester oder ein Fotograf, der 83-jährige Bäckermeister oder die 17-jährige Schülerin, die äußerst sachlich, offen und professionell miteinander diskutiert und um Kompromisse gerungen haben.

Kein Kampf zwischen Jungen und Alten

Zweitens deuten die Verhandlungsverläufe beim Parlament der Generationen darauf hin, dass auch künftig Interessengegensätze nicht zwingend entlang von Generationsgrenzen entstehen werden, sondern

richtet sein. Dies wurde zum Beispiel bei den Diskussionen um die Versorgung pflegebedürftiger Menschen als Teil der Daseinsvorsorge deutlich, die von den Älteren mit Blick auf die eigene potentielle Pflegebedürftigkeit gefordert wurde, während die Jüngeren eine entsprechende Förderung als Entlastung von ihren Pflichten begrüßten. Hier zeigte sich, dass eigennützige Motive der Generationen und ein generationsübergreifendes Miteinander Hand in Hand gehen können.

Viertens ist die Größe einer Gruppierung nicht allein ausschlaggebend für deren Durchsetzungsfähigkeit. Gerade die zahlenmäßig kleine Generation der unter 31-Jährigen hat sich in beiden Szenarien als sehr geschlossen und Peergroup-orientiert gezeigt und versucht, ihre numerische Unterlegenheit durch eine strategische Verhandlungsführung und gezielte Kompromissangebote an die anderen Generationen auszugleichen.



ebenso innerhalb von Generationen hervortreten. Gerade der großen Gruppe der über 66-Jährigen im Szenario 2050 fiel es mitunter erkennbar schwer, einen gemeinsamen Standpunkt zu den Ausschussthemen zu erarbeiten und diesen geschlossen zu vertreten. Die sozialen und auch die politischen Unterschiede sind in solchen großen Gruppen stark ausgeprägt, so dass eine altersspezifische Interessenlage kaum erkennbar wird. Umgekehrt zeigten sich Gemeinsamkeiten bei den beiden „mittleren“ Generationen, also den 31- bis 50- und den 51- bis 66-Jährigen. Da beide Kohorten in der Regel mitten im Berufsleben stehen, decken sich ihre Interessen partiell und treten dabei in den Gegensatz zu den Bedürfnissen der jüngsten bzw. ältesten Generation.

Drittens sind auch ausgeprägte (alters-)gruppenspezifische Interessen nicht immer gegensätzlicher Natur, vielmehr können sie ebenso komplementär ausge-

zuvor in den zuständigen Fachausschüssen mehrheitlich verabschiedet worden waren. Wie die Auswertung des Abstimmungsverhaltens zeigt, waren es wohl vor allem die 31- bis 50-Jährigen, die mit diesen beiden Mehrheitsvorlagen unzufrieden waren und erfolgreich Widerstand auch in anderen Generationen mobilisieren konnten, der die Entwürfe letztlich zu Fall brachte.

Am Ende der zweitägigen Simulation waren alle – die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ebenso wie die Veranstalter – zwar erschöpft, aber auch spürbar begeistert. Das Konzept des Parlaments der Generationen hat sich erneut bewährt, so dass eine Wiederholung von der Akademie sicherlich in Angriff genommen wird.

Jörg Siegmund
(Siehe Presseschau Seite 41)

Hildegard Hamm-Brücher-Förderpreis

Ehrung für demokratisches Engagement und kommunale Flüchtlingspolitik

Die Oberbürgermeisterin der Stadt Köln, Henriette Reker, hat den „Hildegard Hamm-Brücher-Förderpreis für Demokratie lernen und erfahren“ erhalten.

BEI DER FESTVERANSTALTUNG in der Akademie betonte die Preisträgerin im Beisein von Hildegard Hamm-Brücher (95): „Wir müssen noch viel mehr unternehmen, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung in den Köpfen aller zu verankern.“

Die Preisverleihung fand im Rahmen der Lernstatt Demokratie 2016 statt (siehe Bericht auf Seite 23). Akademiedirektorin Ursula Münch freute sich besonders über die Anwesenheit der Stifterin des Förderpreises. Münch wies auf die besondere Beziehung zwischen der Akademie und Hildegard Hamm-Brücher hin.

Hamm-Brücher, stets von der Sorge um die Demokratie bewegt, habe sich während der Viererkoalition Mitte der 1950er Jahre maßgeblich für die Gründung der Akademie stark gemacht. Damals wie heute sei es die Aufgabe der Akademie, Menschen egal welchen Alters zu motivieren, zu mobilisieren und zu befähigen, an der Politik aktiv teilzuhaben. Wichtig dabei sei das Angebot für junge Menschen, um die oft defizitäre politische Bildung an den Schulen auszubauen und zu fördern.



Hildegard Hamm-Brücher ist Stifterin des Demokratie-Förderpreises.

© Grit Hiersemann / Demokratisch handeln

Aktiver Einsatz für Demokratie

Die Laudatio für die Preisträgerin Henriette Reker hielt Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, ehemalige Bundesjustizministerin und stellvertretende Vorsitzende der Theodor-Heuss-Stiftung. Ziel des Preises ist es Persönlichkeiten zu ehren, die sich aktiv für die Demokratie einsetzen. Demokratie finde nicht hinter



Auszeichnung für vorbildliches Engagement: Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker

© Grit Hiersemann / Demokratisch handeln

verschlossenen Türen, sondern in ständigem Zusammenwirken der Bürgerinnen und Bürger statt. Die diesjährige Preisträgerin, die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker, war seit 2010 Beigeordnete der Stadt Köln für Soziales, Integration und Umwelt.



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger würdigte die mutigen und integrativen Konzepte der Preisträgerin Henriette Reker.

© Benjamin Janecke / wikimedia commons

In dieser Zeit habe sie sich bereits vorbildlich um Integration von Migranten bemüht und sich durch ihr Engagement profiliert. Reker habe keinen Halt vor Reformen gemacht, Mut bewiesen und durch ihr vorbildliches demokratisches Handeln überzeugt. Sie warb für eine aktive statt für eine ängstliche Haltung, für eine schnelle Integration der Flüchtlinge. Sie setzte sich – zum Teil gegen heftige öffent-

liche Empörung – für die Unterbringung von Flüchtlingen in Hotels, auf Wohnschiffen oder in denkmalgeschützten Gebäuden ein. Reker sieht die Chancen der Globalisierung und der Migration, sie verteidigt integrative Konzepte der politischen Gestaltung dieser Herausforderung in Kommune und Zivilgesellschaft. Sie leiste damit einen grundlegenden Beitrag zur politischen Integration angesichts zunehmender Fremdenfeindlichkeit und einem erstarkenden Rechtspopulismus.



Einige der Preisträgerinnen der Städtischen Realschule in Waltrop
© Grit Hiersemann / Demokratisch handeln

Am Tag vor ihrer Wahl im Oktober 2015 wurde sie an einem Informationsstand auf einem Kölner Wochenmarkt bei einem politisch motivierten Attentat mit mutmaßlich rechtsextremem Hintergrund schwer verletzt. Der Täter wurde am 1. Juli 2016 zu einer Haftstrafe von 14 Jahren verurteilt.

Reker nahm den Preis mit großer Freude an und bedankte sich herzlich auch bei den Menschen, die sie stets in ihren Aufgaben unterstützten. Sie warb für eine aktive Haltung und rasche Integration der Flüchtlinge: „Eine große und schwierige Aufgabe – aber wir müssen Verantwortung übernehmen. Integration ist wie ein Teppich, auch dieser lässt sich nicht im Schnellverfahren weben.“

Auszeichnung für Schulen

Ebenfalls ausgezeichnet wurden zwei Schulen für vorbildliches Engagement. Die AG „LHG für Toleranz“ des Louise-Henriette-Gymnasiums in Oranienburg initiierte aufgrund neuer Grundschülerinnen und Grundschüler aus geflüchteten Familien in Zusammenarbeit mit der Waldgrundschule Oranienburg das Projekt „Karlinchen“ in den zweiten und dritten Klassen der Grundschule. Basierend auf dem Buch entstand schließlich auch ein Theaterprojekt, in dem Flucht, Freundschaft und Integration szenisch dargestellt werden. Ziel der Schülerinnen und Schüler der elften Klasse



Die Preisträger des Louise-Henriette-Gymnasiums in Oranienburg
© Grit Hiersemann / Demokratisch handeln


des Gymnasiums ist es, die Erlebnisse und Erfahrungen der geflüchteten Kinder anzusprechen sowie zwischen ihnen und den Grundschulern zu vermitteln.

Das Projekt „Weltoffen und bunt“ der Städtischen Realschule in Waltrop setzt sich mit aktuellen antidemokratischen Strömungen auseinander.

Ein halbes Jahr lang arbeitete jede Jahrgangsstufe fächerübergreifend zu Themen wie „Pegida“, „Flucht und Fluchtgründe“, „Flüchtlingspolitik

in Europa und Kritik an dieser“, „Terrorismus“, „Meinungsfreiheit“, „Rechtsextremismus“, „Vorurteile“ und „Diskriminierung“. Sie gestalteten künstlerisch-kreativ Flaggen und Litfaßsäulen, die die Themen aufgreifen.



In der Waltroper Innenstadt präsentierten die Schülerinnen und Schüler ihre Arbeit öffentlich, kamen mit Passanten ins Gespräch und ließen so Kunst im städtischen Raum Wirkung entfalten. 

Christine Petrus

Lernstatt Demokratie

Ausgezeichnetes Engagement

Der Grundstein für demokratisches Handeln wird in der Schule gelegt – die Lernstatt Demokratie war im Juni zum dritten Mal zu Gast in der Akademie.

200 SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER präsentierten Projekte zur Demokratieförderung, die sich durch besonderes Engagement und Lernqualität auszeichnen. Beim Tutzingener Sommercamp haben sie die Möglichkeit, ihre Erfahrungen auszutauschen und neue Ideen für gelebtes bürgerschaftliches Engagement zu diskutieren und zu entwickeln.



Viel Spaß und Kreativität gab es beim Filmworkshop mit Hilmar Liebsch (rechts)

© Petrus

Die Projektarbeiten wurden in der Akademie zu einer Ausstellung zusammengestellt. Bei der Eröffnung konnten die Jugendlichen den Erfahrungsaustausch beginnen und von den Arbeiten erzählen, die sie zusammen mit ihren Lehrkräften an ihren Heimatorten entwickelt und umgesetzt hatten.

Neben einem Kulturprogramm, Stadtpaziergängen und Gesprächen mit Politikern wurden bei der Lernstatt Demokratie insgesamt neun Workshops angeboten, unter anderem zu den Themen „Demokratie in sozialen Netzwerken“, „Filme



Mit Demokratieförderung kann gar nicht früh genug begonnen werden: Auch von sehr jungen Schülern waren Projekte in der Ausstellung zu sehen.

© Grit Hiersemann / Demokratisch handeln

und ihre Wirkung“ sowie „Schule im Spannungsfeld gesellschaftlicher Gegensätze“. Eine Gruppe von 16 Schülern wagte sich mit einem selbstgebauten Floß auf den noch recht kühlen Starnberger See. Anfangs noch zögerlich und an der Stabilität und Tragfähigkeit des selbstkreierten Holzfloßes zweifelnd, strahlten die Floßbauer am Ende voller Freude und Zufriedenheit. Ebenfalls gut gelaunt ging es im Workshop „Mut zum Scheitern“ zu. Hier versuchten sich die Teilnehmer im Theaterspielen und waren am Ende in der Lage, ihre Künste in einem Improvisationstheater vorzuführen.

Der Workshop „Meine Figur“ widmete sich auf kreative Art den Themen Kinderrechte, Demokratie und Migration. Beim Comedy-Programm regte Özcan Coşar die Schülerinnen und Schüler sehr amüsant und manchmal derb dazu an, aktuelle Entwicklungen in Politik und Gesellschaft auch kritisch zu betrachten. Zum Abschluss der Lernstatt Demokratie präsentierten die Teilnehmer der Workshops ihre Ergebnisse.

Christine Petrus



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Lernstatt Demokratie 2016 in Tutzing

© Grit Hiersemann / Demokratisch handeln

19. Passauer Tetralog

Lust auf neue Radikalität

Die Substanz des politischen Stils schwindet und der öffentliche Diskurs verroht.

DIE POLITISCHEN DEBATTEN in der Bundesrepublik liefen über Jahrzehnte relativ gesittet ab. Wo anderswo Tötlichkeiten im Parlament nicht außergewöhnlich waren, galt hierzulande stets das – wenn auch streitbare – Wort. Streit um das Bessere macht die Politik aus. Inzwischen aber hat sich, über den politischen Streit weit hinausgehend, die politische Kommunikation grenzüberschreitend radikalisiert. Oft offenbart sie intolerantes und verächtliches Denken. Dieses Denken drückt sich in einem besonders gehetzten und hetzenden Kommunikations- und Verhaltensstil aus, der öffentliche Diskurs verroht.

Ob wir uns daran gewöhnen müssen und wie Politik und Gesellschaft diesem widerstehen können, war Thema des 19. Passauer Tetralogs der Akademie im Rahmen der Festspiele Europäische Wochen. An der Universität Passau diskutierte der frühere Akademiedirektor Heinrich Oberreuter mit folgenden Gästen: Alois Glück, ehemaliger Landtagspräsident; Sigmund Gottlieb, Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens; Michael Lerchenberg, Schauspieler, Regisseur und Intendant der Luisenburg-Festspiele Wunsiedel; Werner J. Patzelt, Politikprofessor an der TU Dresden.

Dass auch die Mitarbeiter und Studierenden einer Universität nicht vor politisch radikalen Positionen geübt sind, musste auch Universitätspräsidentin Carola Jungwirth zugeben – und versprach, solche Radikalisierungen transparent zu machen und in einen offenen Diskurs einzubinden.

Passive Kirchen

Alois Glück betonte, dass die Politik der vergangenen Jahrzehnte diesen offenen Diskurs immer gut gepflegt habe – durch leidenschaftliche und konstruktive Diskussion über Sachverhalte. Heute aber dominierten Stimmungen und kaum fassbare Zukunftssängste. Glück betonte, wie irritiert er darüber ist: „Es ist schick geworden, über Politik und Politiker abwertend zu reden, nur deren Defizite zu betonen.“ Ähnlich sieht das Michael Lerchenberg, der zudem eine vorauseilende political correctness bemerkt – nicht nur in der medialen und politischen Debatte, sondern auch



© TOMASCHOFF / TOONPOOL.COM

im Verhalten der Kirchen, die seiner Meinung nach in der aktuellen Migrationsdiskussion viel zu passiv agierten. Jeder fordere Toleranz ein, „aber nur für die eigene Meinung“.

Werner Patzelt entdeckt eine Lust auf Radikalität: einen rhetorischen Überbietungswettbewerb und die Pflege von Feindbildern vor allem im Umfeld von PEGIDA und AfD, aber auch bei deren politischen Gegnern. „Nur der schlimme Gegner ist ein guter Gegner“, so beschreibt es der Politikwissenschaftler. Verstärkt werde diese Tendenz durch Herdentriebe, vor allem in der Onlinekommunikation, bei der immer weniger neutrale Beobachter bzw. Vermittler übrig bleiben. So entwickelt sich auf allen Seiten ein Kampf gegen Abweichler, der nach Ansicht Patzelts einem Glaubenskrieg gleicht. Streitlust wird durch das Ausschließen der Andersdenkenden ersetzt. Bildung, Stil und Esprit – die unabdingbar für den politischen Diskurs sind – kommen in dieser Art der Diskussion nicht mehr vor.

Journalismus im Dilemma

Natürlich fiel im Laufe der Diskussion auch das Schlagwort der „Lügenpresse“. Dieser Vorwurf geht nach Ansicht Sigmund Gottliebs „völlig am Thema vorbei“. Mit Absicht sage kein Journalist die Unwahrheit, betonte der BR-Chefredakteur – doch fehle in der zunehmend komplexen Welt vielen Medienschaffenden der Durchblick. Journalisten aber müssen produzieren, und das immer schneller, und die Folge ist eine oftmals banalisierte, personalisierte und dramatisierte Berichterstattung. Was kann da helfen? Gewissenhaft und transparent arbeiten; Widerspruch zulassen, annehmen und verarbeiten; sich gleichzeitig radikalen bis menschenverachtenden Reaktionen des Publikums entschieden entgegenstellen.



Sebastian Haas

Pegida

Abgeschlossenes politisches Biotop

Hans Vorländer über Ursachen des Extremismus und Gegenstrategien von Politik und Zivilgesellschaft

MIT EINEM TEAM aus wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studierenden hat der Dresdner Politikwissenschaftler Hans Vorländer ab Ende 2014 erstmalig empirisch untersucht, wer aus welchen Gründen an den PEGIDA-Demonstrationen in Dresden teilnimmt.

Im Interview äußert er sich gewohnt deutlich zum „politischen Biotop“ in und um Dresden, zur Aggression in der Migrationsdebatte sowie zu den deutschlandweiten Vorbehalten gegenüber Flüchtenden und Asylbewerbern. Außerdem macht er Vorschläge für eine konstruktive Diskussion über Flucht, Migration und Integration.

Akademie-Report: *Sie haben als einer der ersten Wissenschaftler überhaupt das Phänomen PEGIDA detailliert untersucht. Warum ist die Bewegung in Sachsen entstanden?*



Hans Vorländer setzt auf Dialog und Kommunikation mit PEGIDA-Anhängern.

© Haas

Hans Vorländer: Der erste Grund ist darin zu suchen, dass die Organisatoren auf ein Netz von Freunden und Bekannten zurückgreifen konnten, welches sich schon früher etabliert hatte, im Umfeld des Fußballs, auch der Fluthilfe und dann im Bereich der kleingewerblichen Dienstleistung.



PEGIDA-Demonstration in Dresden im Januar 2015

© Kalispera Dell / wikimedia commons

Der zweite Grund liegt darin, dass in Dresden und Sachsen eine konservative Grundstimmung anzutreffen ist, die Empfänglichkeit für die Anliegen von PEGIDA erkennen lässt.

Das Dritte ist, dass Dresden eine gute Bühne und Kulisse abgibt, die medienwirksam ist. Und dann leben viele Dresdner in einer Art politischem Biotop, welches schon zu DDR-Zeiten sich durch Abschließung nach außen konstituierte. Das führt zu einer Selbstbezüglichkeit, die wenig Offenheit nach außen mit sich führt. Der Mythos Dresdens, Barockstadt, Zerstörung, Wiederaufbau, lassen den Eindruck entstehen, dass Dresden etwas ganz Besonderes ist. Da wird schnell die eigene Gruppe, die Alteingesessenen, überhöht und das Andere, Fremde, Unbekannte, abgelehnt oder abgewertet. Und schließlich kann man auch sagen, dass in Ostdeutschland, auch in Dresden, traditionell wenig Kontakt zu Fremden, Ausländern und Flüchtlingen bestanden hat, so dass hier die Sorgen und Ängste vor dem Unbekannten, dem Flüchtling und Migranten besonders ausgeprägt sind.

Viele Menschen sind erschrocken über den enormen Hass, der sich dort zeigt. Wie erklären Sie diesen Hass?

Hass hat immer etwas zu tun mit Angst, Verunsicherung und auch Ratlosigkeit darüber, wie man mit etwas Fremdem umgeht. Insofern ist der Hass Ausdruck einer tiefen eigenen Unsicherheit. Womöglich hat das auch mit den großen Veränderungen der letzten 25 Jahre zu tun, wo in Ostdeutschland kein Stein auf demselben geblieben ist, wo in Ostsachsen der soziale, ökonomische und demographische Wandel besonders spürbar ist. Unsicherheit und Angst, vielleicht auch individuelle Demütigung, wird in Formen des Hasses ‚überkompensiert‘, eine Art Entladung von zuvor sublimierter Aggression. Immer bedarf es

aber auch derjenigen, die Hass predigen, die Sorgen und Ängste zu instrumentalisieren versuchen. Sie geben den Takt vor. A la longue wird dann die Hassrede, die Aggression salonfähig.

Wenn die Stimmung so aufgeheizt wird, wenn die Menschen sich empören und sich der Zorn nicht nur gegen die Politik und die Medien, sondern auch gegen Fremde, Flüchtlinge oder Muslime richtet, dann spaltet sich auch eine Stadtgesellschaft wie die Dresdens und polarisiert sich eine politische Landschaft. „Ausländerhasser“ stehen gegen „Gutmenschen“. Der Graben scheint unüberbrückbar. Und doch muss man in Dialogforen versuchen, ihn zu überbrücken. Das gelingt manchmal, oft aber auch nicht.



Lutz Bachmann, PEGIDA-Vorsitzender, ist mittlerweile wegen Volksverhetzung verurteilt.
© wikimedia commons

Warum reagieren Menschen im Osten extremer auf die Flüchtlinge?

Da bin ich mir nicht sicher, ob das so ist. Wir haben ja auch in Westdeutschland große Vorbehalte, wie das ja jetzt bei den Wahlen zu den Landtagen zum Ausdruck gekommen ist. Außerdem gibt es auch in Westdeutschland Anschläge auf Asylbewerberheime – insofern ist das kein ostdeutsches Phänomen. Was man dennoch über die spezifisch ostdeutsche Lage sagen könnte, ist zweierlei: Erstens ist in Ostdeutschland die allgemeine Verunsicherung größer, durch den Wandel der letzten drei Jahrzehnte. Und zum Zweiten: In Ostdeutschland hat man eben nicht gelernt, mit Fremden, mit anderen Kulturen umzugehen, weil man von diesen „inneren“ Globalisierungsprozessen hermetisch abgeriegelt war.

Miteinander in ein konstruktives Gespräch zu kommen, gemeinsam Kompromisse zu finden, erscheint fast aussichtslos. Wie könnte das doch gelingen?

Es gibt keinen anderen Weg als zu versuchen, miteinander ins Gespräch zu kommen. In solchen Situationen, wo Menschen Gewalt ausüben oder

volksverhetzende Reden schwingen, muss indes der Weg über die Strafverfolgung gegangen werden. Der Rechtsstaat ist nicht wehrlos. Ansonsten muss der Dialog gesucht werden. Das ist Demokratie. Und natürlich müssen Möglichkeiten für die Begegnung zwischen Zugewanderten und Einheimischen geschaffen werden. Dadurch – da gibt es viele Beispiele – können sich Einstellungen sehr schnell verändern.

Wie soll eine ehrliche Diskussion über die Integration aussehen? Welche Regeln sollten wir uns dafür geben?

Ich glaube erstens, dass man ehrlich und offen miteinander umgehen sollte. Zweitens: Man sollte auf die moralische Stigmatisierung von Menschen verzichten, die anderer Meinung sind, so dass man aus der Polarisierung von Gutmenschen und Ausländerhasern herauskommt. Polarisierung hilft nicht weiter, sie spaltet die Gesellschaft. Drittens muss man die Probleme, die mit Migration zusammenhängen, also vor allem die der Integration, offen benennen, man darf da keine Tabus errichten.

Und vor allem muss die Politik zeigen, dass sie für die Integration gute Konzepte hat. Sie muss auch die entsprechenden Mittel bereitstellen, damit jeder eine solche Chance hat, die Sprache zu erlernen, das Land und sein Recht, seine Regeln und Werte kennenzulernen und möglichst schnell in Arbeit zu kommen. Und dann geht es nur, wenn Politik und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Die Zivilgesellschaft hat Heraus-



©TOMASCHOFF / TOONPOOL.COM

ragendes geleistet in den letzten Monaten. Und deshalb können nur beide, nämlich Politik und Zivilgesellschaft, die Probleme zu lösen versuchen.

Das Interview führten Sibylle Kölmel und Raphael Gritschmeier

Wirtschaftsethik

Globaler Wettbewerb als Motor der Moral?

Kann der vielfach verteilte Wettbewerb etwas zur Verbesserung der Moral in der Wirtschaft beitragen? Das war Thema der zehnten Folge der Akademiereihe „Menschenwürdige Wirtschaftsordnung“.*



Überseetransporte mit dem Containerschiff sind unter Umständen klimafreundlicher als regionale Kleintransporte.

© pixabay

IM GEGENSATZ zum „Kampf aller gegen alle“ – so Christoph Lütge in seiner Einführung – sei der Wettbewerb nicht ohne Regeln denkbar. Dies gelte für den Sport genauso wie für die Wirtschaft. Ziel eines regelbasierten Wettbewerbssystems sei nicht die Vernichtung des anderen, sondern allenfalls der „loss of glory“. Ruinöse Konkurrenz führe in der Wirtschaft letztlich zur Ausschaltung des Wettbewerbs. Wirtschaftliche Stagnation sei die Folge. Die Ökonomen Hayek und Schumpeter hätten dem Wettbewerb als „Entdeckungsverfahren“ und als Methode der „kreativen Zerstörung“ eine zentrale Rolle für den dynamischen Kapitalismus zugewiesen. Dieses Denken sei letztlich in unsere Kartellgesetzgebung eingeflossen.

Individual- oder Systemethik?

Doch sind in einem Wettbewerbssystem menschlich „anständige“ Lösungen garantiert, oder ist zusätzlich eine entsprechende Individualethik notwendig? So wünschenswert ein moralisch gutes Verhalten des Einzelnen sei, so skeptisch blieb Lütge bezüglich der Durchsetzungskraft einer Individualethik: Denn was für den Einzelnen gut sei, müsse nicht für alle gut sein und könne ungewollte Nebenwirkungen haben. Dies gelte insbesondere für hochkomplexe soziale Systeme der globalisierten Welt, die sich nicht mehr durch Moral steuern ließen.



Christoph Lütge: „Wettbewerb ist nicht ohne Regeln denkbar“

Eine „Systemethik“, die die ethischen Qualitäten des Wettbewerbs auch hinsichtlich seiner Kreativität und Innovationsfähigkeit für eine ganze Gesellschaft berücksichtige, stehe jedoch erst in den Anfängen. Doch wie behandelt man Verlierer? Zudem erfordere die Regelsetzung eine moralische Haltung der Akteure. Hier sei der politische Prozess entscheidend, so Lütge, und der produziere dann die besten Ergebnisse, wenn wie in der Demokratie Wettbewerb zwischen politischen Parteien herrsche. Grundsätzlich gelte der Spruch des Industriellen, Schriftstellers und Politikers Walther Rathenau aus dem Jahre 1918: „Eine Klage über die Schärfe des Wettbewerbs ist in Wirklichkeit nur eine Klage über den Mangel an Einfällen.“

Moral und Marktwirtschaft

Karl Homann, der in München den ersten Lehrstuhl für Wirtschaftsethik in Deutschland innehatte, stellte einige Grundzüge seiner von ihm entwickelten Ordnungsethik vor. Am Anfang ständen – so Homann – immer wieder grundlegende Fragen: Widerspricht nicht die Funktionsweise der (Welt-)Wirtschaft dem allgemeinen Moralempfinden? Ganz aktuell: die Enthüllungen rund um die „Panama Papers“: Wie kann man Moral in der Marktwirtschaft unterbringen? Kann Wettbewerb sozialer sein als zu teilen?



Karl Homann: „Moral gehört in die Regeln.“

© Haas

* Kooperationspartner war Christoph Lütge von der TU München (Lehrstuhl für Wirtschaftsethik).

Schon Marx und Kant hätten ausgehend von diesen Fragen große Teile ihrer Denkgebäude aufgebaut: Der eine wollte den Wettbewerb verbieten, der andere hoffte darauf, dass ein tugendhafter, ehrbarer Kaufmann die Ausbeutung der Schwachen selbst verhindere. Die realistischste Lösung hatte wohl Adam Smith entwickelt: Er empfahl, individuelles moralisches Handeln durch Anreize zu befördern und staatliche – und stattliche – Sanktionen für die Egoisten anzudrohen. Also: Moral gehört in die Regeln. „Im Grunde funktioniert das noch heute so“, meint Hermann. „Das ist trivial. Mich ärgert, dass diese Regel von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik so wenig beachtet wird. Im Sport funktioniert das doch auch.“ Zumindest meistens.

„Eine Klage über die Schärfe des Wettbewerbs ist in Wirklichkeit nur eine Klage über den Mangel an Einfällen.“

Walther Rathenau, 1918

Dass selbst ein Stück Rindfleisch, ein Glas Wein oder ein Apfel moralische Fragen aufwerfen können, erläuterte Elmar Schlich von der Universität Gießen. Denn entgegen der landläufigen Meinung seien Lebensmittel aus der Region nicht zwingend klimafreundlicher als die aus Übersee. Manchmal fielen die CO₂-Emissionen pro Einheit sogar geringer aus, denn Containerschiffe und intensive Weidenutzung bräuchten vergleichsweise weniger Energie als Kleintransporte und Extensivmast. Eine differenzierte Betrachtung sei deshalb nötig und müsste stärker ins öffentliche Bewusstsein dringen.

Wettbewerb im Gesundheitssystem

Dirk Sauerland von der Universität Witten/Herdecke formulierte drei Thesen zum Wettbewerb im Gesundheitssystem.

- Wettbewerb könne zum verantwortungsvollen Umgang mit den knappen Mitteln motivieren. Er vermeide Verschwendung und verbessere die Qualität.
- Wettbewerb könne insbesondere im Kontext pauschaler Entlohnungsformen unerwünschte Wirkungen entfalten (siehe zu frühe Entlassungen aus dem Krankenhaus).
- Wettbewerb benötige gute und verantwortungsvolle Spielregeln.

Ein Grundproblem einer marktwirtschaftlichen Regulierung im Gesundheitssystem liege auf der schwer durchschaubaren Verteilung von Informationen zwi-

schen Leistungserbringer, Patient und Versicherung. So stelle sich die Frage, ob Patienten überhaupt die Leistung der Ärzte beurteilen könnten. Sauerland erläuterte die Struktur des Gesundheitswesens und dessen Kostenexplosion. Zudem skizzierte er die Voraussetzungen eines funktionierenden „Wettbewerbs der Krankenkassen“, der sich stärker von einem Preis- zu einem Qualitätswettbewerb entwickeln solle.

Sein Fazit lautete: Wirtschaftliche Entscheidungsträger sollten die Rahmenbedingungen für einen funktionsfähigen Wettbewerb so gestalten, dass das medizinische Personal Patienten angemessen versorgen kann – und gleichzeitig von möglichen Gewissenskonflikten entlastet wird. „Das Leistungsniveau und die finanziellen Ressourcen, die wir hier in Deutschland haben, sollten es möglich machen, dass wir mit der angespannten Situation angemessen umgehen können.“

Das Problem einer „dynamischen Regulierung als Ethik des Wettbewerbes“ behandelte Wulf Kaal von der University of St. Thomas in Minneapolis. Seine zentrale These: Wegen des rapiden technischen Fortschritts hinkt die Regulierung hoffnungslos zum Schaden der Märkte und der Verbraucher hinterher. Was heute als optimal reguliert erscheine, müsse es morgen schon nicht mehr sein.



Fehlende Transparenz verhindert Wettbewerb im Gesundheitswesen.

© pixabay

„Je höher die Innovationsrate, desto weniger Verständnis bzw. Vorhersehbarkeit ist für daraus resultierende regulatorische Problematiken und ethische Notwendigkeiten möglich.“ In den USA löse man dies vielfach dadurch, dass bei Verdachtsfällen die Staatsanwaltschaft aktiv werde und entsprechende Vereinbarungen mit dem Unternehmen träfen. Unter fachlicher und demokratietheoretischer Sicht sei dies nicht optimal, da dem oft keine ausreichende Prüfung und kein ordentlicher Gesetzgebungs- oder auch Gerichtsprozess vorgeschaltet sei. Die Frage laute deshalb: Wer kontrolliert die Staatsanwaltschaft?



*Sebastian Haas
Sibylle Kölmel
Wolfgang Quaisser*

Innovationen

Das „Nie-Dagewesene“ als Herausforderung

Was macht eine Innovation zur Innovation? Gibt es Patentrezepte, gezielt etwas zu erneuern, um Besseres zu erreichen? Technische und gesellschaftliche Neuerungen standen im Mittelpunkt unserer Tagung.

„ALS INNOVATION gilt das, was zuvor für unmöglich gehalten wurde, aber offensichtlich möglich war“, so der Soziologe Armin Nassehi von der Universität München. Innovation setze einen gewissen Komplexitätsgrad voraus, denn Komplexität sei die Formel für Überschussmöglichkeiten. „In früheren Gesellschaften wurde Energie eingesetzt, dass sich nichts ändert. Heute ist das anders“, so Nassehi. Wie die industrielle Revolution zeigt, kann durch Innovationen unfassbarer Wohlstand entstehen, allerdings auch große soziale Konflikte.



Armin Nassehi: „Innovationen bringen Wohlstand, aber auch Konflikte.“

„In der öffentlichen Diskussion ist Innovation zu einem durchweg positiv konnotierten Begriff geworden“, sagte Dietmar Harhoff, Direktor am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb in München. Sie gilt als Schlüssel für Produktivität, Wohlstand, Arbeitsplätze, Lebensqualität, Nachhaltigkeit, so der Ökonom.

Neue Pfade

Ausgehend von einer historischen Betrachtungsweise machte Harhoff als einen neuen Innovationspfad den Übergang von internen, hierarchisch organisierten Aktivitäten hin zu marktbasierten, verteilten Tätigkeiten aus.

Der Astrophysiker und Wissenschaftsjournalist Harald Lesch stand vor der Frage „Wer kann Innovation?“ Eine der Voraussetzungen sei Pioniergeist. Dieser erscheine allerdings dem Umfeld oftmals suspekt.



Harald Lesch: „Innovationen brauchen Zeit.“
© Haas

Aber wer regiert heute die Welt? Diejenigen, die früher im Silicon Valley „gesponnen“ haben, so Lesch. Der Physiker betonte: „Wer lernen will, braucht Zeit. Wenn der Erwartungshorizont zeitlich zu eng ist, wird es nichts mit Innovationen“.

Auch Vielfalt ist eine Rahmenbedingung, die Innovation begünstigt, so die Unternehmensberaterin Kathrin S. Trump vom Institut für Diversity Management in Schwabach. Sie zeigte auf, dass heterogene Teams ein höheres Leistungspotenzial als homogene Teams haben – allerdings müssen sie gut geführt werden.

Fächerübergreifendes Arbeiten

Der Präsident der Hochschule Coburg Michael Pötzl und Gerhard Müller, Vizepräsident der TU München, berichteten von Initiativen, den Studierenden ein Umfeld zu bieten, „bisherige Herangehensweisen auf den Kopf zu stellen“. Es ginge darum, fächerübergreifendes und gemeinsames Denken und Arbeiten zu fördern und einen „Kommunikationsring zur Befruchtung des Denkprozesses“ zu errichten.

In drei Workshops hatten die Teilnehmer Gelegenheit, verschiedene Aspekte zu vertiefen: Werner Lang von der TU München widmete sich innovativem Bauen im Klimawandel, Michael Bucher vom Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation in Stuttgart sprach über „Sharing Economy als gesellschaftliche Herausforderung“ und Andreas König von der Universität Passau befasste sich mit der Frage „Wie können Innovationen entstehen?“

Wie soll die Politik mit dem Thema Innovation umgehen? In der Abschlussdiskussion sagte der Vorsitzende des DGB Bayern Matthias Jena, dass fehlende

* In Kooperation mit der Bayerischen Ingenieurkammer-Bau



Matthias Jena: „Fehlende Innovationen bedeuten Arbeitsplatzverluste.“

Innovationen Arbeitsplatzverluste bedeuten würden. Andererseits gäbe es bei Innovationen wie der Digitalisierung auch immer mögliche Verlierer. Wie man mit diesen umgeht, spielt für die Akzeptanz von Innovationen eine wichtige Rolle, so Jena. Der Vorsitzende der CSU-Grundsatzkommission und Landtagsabgeordnete Markus

Blume sprach vom Eintritt in ein neues Zeitalter mit hohen Veränderungsraten. Viele stünden diesen Entwicklungen skeptisch gegenüber und würden sagen „Es geht uns doch ziemlich gut, da brauchen wir keine Veränderung.“ Die Chancen von Innovationen würden aber in der Regel die Risiken übersteigen. Politik müsse „Lust auf Zukunft machen statt Angst“. Oliver Fischer, Ordinarius am Lehrstuhl für Massivbau an der TU München, sagte, Treiber von Innovation sei ein

hochqualifiziertes, teamfähiges Personal. Er plädierte für einfache technische und rechtliche Rahmenbedingungen für Innovationen.



Gero Kellermann

Völlig überraschend, weniger als zwei Monate nach seinem Vortrag, verstarb Prof. Dr. Michael Pötzl, Präsident der Hochschule Coburg, beim Sport. Nicht zum ersten Mal hatte er an der Akademie kompetent und leidenschaftlich über Innovationen im Bildungs- und Wissenschaftsbereich gesprochen. Wir trauern mit seiner Familie und seinen Freunden. Er wird auch uns sehr fehlen. Seine Ideen werden der Akademie weiterhin Anregung sein.



Delikatessen unter dunklen Wolken

TROTZ WECHSELHAFTEN und kühlen Wetters feierten rund 350 Gäste bei unserem Gartenfest. Während die Mutigen es sich draußen gemütlich machten, knüpften Andere entspannt im Trockenen neue Kontakte. Und alle genossen die Delikatessen des Buffets. Direktorin Ursula Münch konnte zahlreiche Ehrengäste aus Politik, Wissenschaft

und Gesellschaft begrüßen (siehe Foto). Sie fand deutliche und kritische Worte in Bezug auf die politische Debattenkultur, gerade in Sachen Europa.

Denn sowohl die Debatten um die Zukunft der Europäischen Union – und ebenso die über die sogenannte Flüchtlingskrise – hätten mit Enttäuschung

und falschen Erwartungen zu tun. Politik, Medien, politische Bildner müssen ehrlich vermitteln: Supranationale Organisationen und gemeinschaftliches Vorgehen bedeuten den Verzicht auf einen Teil nationaler Souveränität. „Warum melden sich diejenigen, die das Grundprinzip einer supranationalen Ordnung angeblich verstehen, eigentlich nicht zu Wort, wenn in Parlamenten, in Stammtischen, in den Kommentarzeilen der Online-Magazine über die Brüsseler Regelungswut, die allein auf dem Mist der EU-Kommission gewachsen sei, unreflektiert geschrieben wird?“, fragte die Akademiedirektorin.



Sebastian Haas



Prominente Gäste beim Sommerfest 2015 (v.l.): Peter Maffay, die ehemalige Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, der langjährige Kuratoriumsvorsitzende Hans Maier, Akademiedirektorin Ursula Münch, der frühere bayerische Wirtschaftsminister Martin Zeil, der Generalsekretär der Freien Wähler Michael Piazzolo, die Landtagsabgeordneten Otmar Bernhard (CSU) und Andreas Lotte (SPD) sowie Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer.

© Haas

Entwicklungspolitik

Bekämpfung der Fluchtursachen

Der Jahresempfang der Akademie mit verschiedenen Partnern* im Tagungssaal der Deutschen Bundesbank stand ganz im Zeichen der Flüchtlingsproblematik.

AKADEMIEDIREKTORIN Ursula Münch und der Vorsitzende der Griechischen Akademie sowie der Europa Union München Stavros Kostantinidis skizzierten die Faktoren für die weltweit steigenden Flüchtlingszahlen, wie Kriege, religiöse Konflikte, Klimawandel und falsche Bilder vom Leben in Europa sowie die steigende Weltbevölkerung. Der scheidende Präsident der Hauptverwaltung der Bundesbank in Bayern Alois Müller sagte, dass darin auch eine Herausforderung für die europäische Geldpolitik liege. Man dürfe aber auch hier nicht den Anschein erwecken, mit Geldpolitik alle Probleme lösen zu können. Strukturprobleme ließen sich nur mit Strukturreformen bewältigen, betonte er.

„Antworten auf die Flüchtlingsproblematik können nur europäische Antworten“ sein, sagte Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Projekte in den befriedeten Heimatregionen seien ein Schlüssel. „Wenn die EU und die Weltgemeinschaft vor Ort investieren, können wir Stabilität schaffen“, betonte der Minister.



Bundesminister Gerd Müller:
Fairer Welthandel notwendig
© Haas

Aber Europa und die Welt müssten schnell handeln, um Bleibeperspektiven in den Herkunftsländern zu schaffen. Diese Herausforderungen sieht Müller zurzeit: Wasser und Essen („Wir haben Wissen für eine grüne Revolution in Afrika“), Energie („Deutschland verbraucht so viel Energie wie 54 afrikanische



Durch neue Technologien bei Saatgut und Dünger könne die Welt ernährung optimiert werden, sagte BayWa-Chef Klaus Josef Lutz (hier Bauern in Somalia).

© Robinson / wikimedia commons

Staaten“) und Jobs („Keine Kinderarbeit, keine Hungerlöhne, sondern fairer Welthandel mit ökologischen und sozialen internationalen Mindeststandards“).

Müller berichtete von einzelnen Projektanstrengungen, um zum Beispiel kostengünstigen Wohnraum im Nordirak zu schaffen, ertragreiche Reissorten in Hungerregionen anzubauen und Bildungspartnerschaften zwischen Europa und den betroffenen Staaten zu gründen.

Weitere Eindrücke aus der konkreten Projektarbeit eröffnete auch die anschließende Diskussion. Doris Thureau, Landesdirektorin der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), berichtete etwa von Programmen mit der Afrika Union zur Berufsbildung und betonte die Bedeutung, gerade in Ländern mit fragilen Strukturen die kommunale Ebene zu stärken. Der Vorstandsvorsitzende der BayWa AG Klaus Josef Lutz sieht es als einen Schlüssel zur Verbesserung der Situation, durch neue Technologien die Welternährung zu optimieren, etwa mit Blick auf Saatgut und Dünger.

Einzelne Projekte seien nur Tropfen auf den heißen Stein, so Lutz. Vielmehr seien konzertierte Aktionen, wie bei den Bankenrettungen, notwendig. Der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes Georg Fahrenschon hält einen „großen Marshallplan für Afrika“ dagegen nicht für realistisch, sondern plädierte für die Stärkung der „Politik der kleinen Schritte“. Dazu gehöre es, stabile regionale Strukturen zu schaffen. Außerdem müsse man – zum Beispiel in großen Flüchtlingslagern – den Spargedanken fördern: „Jeder legt ein, zwei Dollar zurück und kann sich irgendwann zum Beispiel eine Nähmaschine kaufen und sich so eine kleine Existenz aufbauen“, sagte er.



Gero Kellermann

* Der Jahresempfang der Akademie für Politische Bildung in der Hauptverwaltung in Bayern der Deutschen Bundesbank war eine Kooperation mit der Griechischen Akademie, der Europäischen Akademie Bayern, der Europa Union München, den Jungen Europäischen Föderalisten und der Deutsch-Hellenischen Wirtschaftsvereinigung. Akademiedirektorin Ursula Münch dankte dem scheidenden Präsidenten der Hauptverwaltung Alois Müller für die langjährige Zusammenarbeit und sein Engagement für die politische Bildung.

Globale Migration

Gravierende Veränderungen und unzureichende Antworten

Walter J. Lindner, Botschafter in Südafrika, beim Akademiegespräch am See über die vielfältigen Ursachen von Flucht.

„WER HIER LEBT, dem geht's verdammt gut.“ Botschafter Walter J. Lindner steht am Rednerpult der Akademie und blickt auf den Starnberger See. Wer ihn kennt, weiß: Er ist der Mann für unkonventionelle Auftritte. Der leidenschaftliche Musiker verbindet seine diplomatische Arbeit stets mit Kreativität und Offenheit. Lindner ist einer, der ganz bewusst Kontakt zur Bevölkerung sucht. Dabei haben sich die Bilder vieler hoffnungsloser Gesichter aus den letzten Jahren, vor allem aus der Zeit als Ebola-Beauftragter der Bundesregierung 2014 und 2015, in sein Gedächtnis gebrannt.



Botschafter Walter J. Lindner: „Die Schere zwischen arm und reich wird größer.“
© Haas

So nimmt der Botschafter sein Publikum mit auf eine Zeitreise: Im Jahr 2066 werde sich in Tutzing und dem oberbayerischen Fünf-Seen-Land nicht viel verändert haben, prognostiziert Lindner. Ganz im Gegensatz zum Rest der Welt, in dem Schätzungen der Vereinten Nationen zufolge künftig etwa 10 Milliarden Menschen leben werden.

Lindner zeichnet das Bild einer globalen Krise, die sich wie ein Sturm auf uns zu bewege. Der nähere sich neben dem zunehmenden Bevölkerungswachstum aus zwei weiteren Komponenten: der Abnahme weltweiter Rohstoffreserven und der globalen Erderwärmung. Dieser Sturm bedeute für die Weltbevölkerung existentielle Veränderungen und werfe Fragen auf, für die es heute nur unzureichende Antworten gibt: Wie kann die Ernährungs-, Trinkwasser- und Energieversorgung einer wachsenden Bevölkerung sichergestellt werden? Wo wird der Atommüll gelagert? Ist die Umstellung auf erneuerbare Energien global überhaupt sinnvoll und realisierbar?

Nachhaltigkeit und Klimawandel

Die Diskussion über nachhaltige Energieversorgung ist in vielen Entwicklungsländern eine gänzlich andere als in Deutschland. In Südafrika, so Lindner, werden etwa 80 Prozent der Energieversorgung aus Kohlekraftwerken gewonnen. Eine Umstellung nach deutschem Vorbild sei für viele Entwicklungsländer keine realistische Option. Denn es fehle an Geld, an Technologie und vor allem an Bewusstsein. Der Ausbau dieser klimaschädli-

chen Versorgungsquellen schreite weiter voran, mit Folgen für die globale Erderwärmung. Zudem: Mehr Menschen, die künftig in Megastädten leben werden, mehr Abfall. Doch ein Recycling-System, wie wir es in Europa kennen, gibt es in vielen Entwicklungsländern nicht. Der Abfall landet in Flüssen und in den Ozeanen, die zu gigantischen Müllhalden werden. Die nigerianische Stadt Lagos, die größte Stadt Afrikas, sei ein erschreckendes Beispiel für das Chaos aus Menschenmassen, Verkehr und Müll. Weitere Städte würden folgen.

Von diesen Entwicklungen bekomme man hier in Oberbayern freilich kaum etwas mit: „Unser Geburtsort ist ein biologischer Zufall. Wir in Deutschland sind in einem Land geboren, in dem es fast an nichts fehlt. Das ist ein Privileg, das 90 Prozent der Menschen weltweit nicht teilen.“ Global gesehen aber wird die Schere zwischen arm und reich größer. Korruption oder organisierte Kriminalität sind Phänomene mit Wachstumspotenzial. Die Perspektivlosigkeit angesichts dieser Entwicklungen sei also ein nachvollziehbarer Motor für Migration.

Walter J. Lindner ist Optimist. Er glaubt fest daran: In jedem Menschen stecke der Wille, die Welt zu einem besseren Ort zu machen. Und so ermuntert er, weitsichtig und nachhaltig zu denken und mutig zu handeln. Und er appelliert an globale Entscheidungsträger, sich zu reformieren, die Entwicklungspolitik auf den Prüfstand zu stellen und die „Workshoperitis“ ohne Konsequenzen zu beenden.



Anja Opitz

Interview mit Ali Fathollah-Nejad

„Die nächste Eskalation ist nur eine Frage der Zeit“

Ein Gespräch mit einem Experten für Sicherheitspolitik über Iran als mögliche neue Führungsmacht im Nahen Osten.

Akademie-Report: Das Atomabkommen mit Iran wird als Triumph der Diplomatie gefeiert. Wo steht das Land nach der Öffnung der Sanktionen?

Fathollah-Nejad: Seit 2002 schwelte der Atomkonflikt, auf den der Westen mit einer Art Zwangsdiplomatie reagierte. Sie umfasste zwei Elemente: eine permanente Kriegsdrohung und ökonomische Sanktionen. Die Sanktionen haben den Machtvorsprung des autoritären Regimes gegenüber der Zivilgesellschaft vergrößert und insbesondere die Jugend getroffen. Das Resultat war die Vertiefung der wirtschaftlichen Krise des Landes. Der Wegfall der nuklearbezogenen Sanktionen im Zuge des Atomdeals ist also ein positives Zeichen. Nur hat sich zuletzt herausgestellt, dass Iran doch keinen Zugang zum US-Dollar-System erhielt, was jedoch für größere Geschäfte, auch seitens europäischer Firmen und Banken, unabdingbar ist.

Wird Staatspräsident Hassan Rohani am Kurs der Normalisierung der internationalen Beziehungen seines Landes weiter festhalten?



Der iranische Staatspräsident Hassan Rohani

© Mojtaba Salimi / wikimedia commons

Man muss beachten, dass sich ein politisch-ökonomischer Kampf zwischen zwei Flügeln der politischen Elite abspielt. Die Revolutionsgarden und Revolutionsführer Chamene'i stehen für einen monopolistischen, autoritären Kapitalismus. Sie profitieren von den Sanktionen und der Isolation. Auf der anderen Seite gibt es den Flügel um den Staatspräsidenten Rohani und

den ehemaligen Präsidenten Haschemi-Rafsanjani, die für eine neoliberale Wirtschaftspolitik stehen. Für diesen Flügel gilt aber auch das Primat der Sicherheit, weshalb der ohnehin stark ausgebaute Militär- und Sicherheitsapparat weiterhin alimentiert wird. Das kann auch als Zugeständnis an „die andere Seite“ interpretiert werden. Zugleich befürwortet der Flügel eine weitere Öffnung nach Westen.



© STUTTMANN

Welche regionalpolitische Rolle spielt Iran als schiitische Führungsmacht und welche Auswirkungen hat der Konflikt mit Saudi-Arabien auf die Stabilität in der Region?

Hier sind zwei Aspekte wichtig: Zum einen die geopolitischen Konsequenzen des Atomdeals. Man ist ja immer davon ausgegangen, dass der Atomdeal innen- und regionalpolitisch zu einer Entspannung führt. Das ist nicht passiert. Innenpolitisch stehen ihr der oben angesprochene Konflikt der Eliten sowie die Menschenrechtslage im Land im Weg. Regionalpolitisch existiert ein Konflikt zwischen Saudi-Arabien und Iran. In Saudi-Arabien herrscht große Panik vor einer strategischen Neuausrichtung der westlichen Politik zugunsten Irans und zu Ungunsten Saudi-Arabiens. Die Saudis waren stets der wichtigste Partner des Westens in der Region, bis zum Irakkrieg 2003. Mit Hilfe Washingtons und Teherans wurde nach dem Krieg eine Post-Saddam-Regierung aufgebaut, zugunsten der Schiiten. Saudi-Arabien konnte hier keinen politischen Einfluss nehmen und beobachtete sehr kritisch, wie Iran zum wichtigsten Akteur der Region aufstieg. Für Saudi-Arabien ist der Atomdeal die letzte einer ganzen Reihe von westlichen Entscheidungen, die Iran eine Vormachtstellung in der Region sichern.



Ali Fathollah-Nejad ist Associate Fellow bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin.

© privat

Der zweite Aspekt bezieht sich auf die zwei Denkschulen iranischer Außenpolitik: Auf der einen Seite verfolgt die Regierung das außenpolitische Ziel einer Annäherung an den Westen. Diese Ausrichtung war bereits während der Khatami-Regierung der Fall, als Iran zur Etablierung einer Post-Taliban-Ordnung in Afghanistan mit den USA kooperierte. Auch die gegenwärtige Regierung hatte ursprünglich ebenso eine Annäherung an Saudi-Arabien angestrebt, was jedoch angesichts des neuen Tiefpunktes in den bilateralen Beziehungen *ad acta* gelegt werden musste. Dennoch: Auf dieser Ausrichtung außenpolitischen Handelns könnte man zukünftig aufbauen.

Eine andere außenpolitische Denkschule, verkörpert durch die Politik des Revolutionsführers und der Revolutionsgarden, ist auf Hegemonie und Machterhalt ausgerichtet. Sie bestimmt die iranische Politik in



Irans Revolutionsführer Ajatollah Ali Chamene'i

© Akkasemosalman / wikipedia commons

Irak und Syrien. Die iranische Sicherheitspolitik muss im Zusammenhang gesehen werden: Das Land war nach der Revolution 1979 strategisch isoliert und im Zuge der neokonservativen US-Außenpolitik von amerikanischen Militärbasen umzingelt. Unter diesen Vorzeichen entstand die Strategie der asymmetrischen Kriegsführung, die sich in einer pro-schiitischen, sektiererischen Politik, der Ausstattung von Milizen

in Syrien und Irak oder der Unterstützung Assads zeigt. Diese iranische Politik hat das Gefühl vieler Sunniten noch verstärkt, dass der sogenannte Islamische Staat ihre einzige Schutzmacht gegenüber der schiitischen Dominanz sei. Dieses Element der konfliktverschärfenden iranischen Politik muss die westliche Politik aus meiner Sicht stärker in den Blick nehmen. Gleichzeitig darf sie aber die zum Teil problematischere Politik anderer Akteure in der Region, in erster Linie sogar westliche Verbündete, außer Acht lassen.

Welche langfristigen Lösungsansätze sehen Sie für die schwierige Situation in der Region?

Die gesamte Region krankt an einer nicht existierenden Sicherheitsarchitektur. Diesem Kernproblem könnte man durch eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten (KSZMNO) begegnen. Ohne eine inklusive regionale Sicherheitsstruktur sind Konflikte vorprogrammiert und die nächste Eskalation ist nur eine Frage der Zeit. Dem Westen kann man hier durchaus Passivität vorwer-



Iranische Schulmädchen in Uniform

© pixabairis / pixabay

fen. Das Problem ist seit langem bekannt, wurde aber nicht bearbeitet. Jetzt haben sich Saudi-Arabien und Iran in ihrem regionalen Kampf um Vorherrschaft eingerichtet. Ohne Druck von außen wird sich daran auch nichts ändern. Dabei müssen Europa und die USA unbedingt auf eine Ausgewogenheit in ihrer Politik zu beiden Ländern achten – Stichwort „Äquidistanz“.

Ein weiterer Aspekt ist die soziale und ökonomische Misere in der gesamten Region, die auch den Antrieb darstellte für den revolutionären Prozess in der arabischen Welt, der nicht jahre-, sondern jahrzehntelang andauern wird. Ohne eine Verbesserung der sozio-ökonomischen Situation der Bevölkerungen wird es somit auf lange Sicht in Europas Nachbarrregion keine Stabilität geben. Deshalb darf der Westen nicht länger die Eliten in Diktaturen fördern, sondern muss eine nachhaltige, verlässliche Politik für die Zivilgesellschaften anbieten. Hierfür ist entscheidend, dass Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik zusammengedacht werden!

Das Gespräch führten Anja Opitz und Barbara Weishaupt



Ansicht der iranischen Hauptstadt Teheran

© frank497 / pixabay

Akademiegespräch am See

Imperiale Machtpolitik: 100 Jahre Sykes-Picot-Abkommen

Im Mai 1916 ordneten ein britischer Offizier und ein französischer Diplomat den Nahen Osten neu.

AM MORGEN des 16. Dezember 1915 eilt der ambitionierte Jungpolitiker Mark Sykes in die Downing Street 10. Der britische Premierminister hatte den 36-Jährigen geladen, um ihn und sein Kriegskabinett zu beraten, wie die fragile Allianz mit Frankreich zu kitten sei. Diese drohte über die Zukunft des Osmanischen Reiches zu zerbrechen. So beschreibt es James Barr in seinem Buch *A Line In The Sand* und zitiert Mark Sykes mit den Worten: „Durch ein außerordentliches Glück wurde es mir ermöglicht, vor dem Kriegsrat zu sprechen.“ Was Sykes dort sagte, sollte später den modernen Nahen und Mittleren Osten formen.

Vor 100 Jahren, am 16. Mai 1916, schlossen dieser britische Offizier Mark Sykes und der französische Diplomat François Georges-Picot ein zunächst geheim gehaltenes Abkommen. Dessen Erbe prägt die Phase zwischen den beiden Weltkriegen sowie die Geographie des Nahen und Mittleren Ostens bis zur Gegenwart. Gegenwärtige Zerfallsprozesse staatlicher Strukturen wie beispielsweise im Irak oder in Syrien, die derzeit zu beobachten sind, werden daher zuweilen als Zusammenbruch einer „Ordnung à la Sykes-Picot“ beschrieben. Zugleich wird mit dem Abkommen eine als willkürlich wahrgenommene Grenzziehung durch westliche Großmächte verbunden, die im kollektiven Gedächtnis der Region ebenfalls bis heute ihre Wirkung entfaltet.

Diese Zusammenhänge und Folgen diskutierten im Rahmen des Akademiegespräches am See die Islamwissenschaftlerin Gudrun Krämer, die Politologin Gülistan Gürbey (beide Freie Universität Berlin) und der Politologe, Historiker und Publizist Michael Wolffsohn von der Universität der Bundeswehr in München. Sie ordneten das Sykes-Picot-Abkommen in seinen historischen Kontext ein und diskutierten sein Erbe und die Folgen bis zur Gegenwart.

Schnell wurde deutlich, dass das Abkommen nicht isoliert betrachtet und diskutiert werden sollte. Vielmehr reiht es sich ein in eine Abfolge von widersprüchlichen und zum Teil miteinander unvereinbaren Versprechungen. Allein in den Jahren 1915 bis 1917 unterzeichneten die Briten drei separate Vereinbarungen: Die McMahon-Hussein Korrespondenz bekräftigte 1915 das Unabhängigkeitsbestreben der Araber, das Sykes-Picot-Abkommen 1916 teilte das Osmanische Reich in britische und französische Einflussphä-




Diskutierten die Folgen eines 100 Jahre alten Abkommens für den Nahen und Mittleren Osten bis heute: Michael Wolffsohn, Moderatorin Anja Opitz, Gudrun Krämer und Gülistan Gürbey (v.l.).

© Haas

ren auf und die Balfour-Deklaration 1916 sicherte den Zionisten die Unterstützung bei der Umsetzung eines Judenstaates zu. Durch sie wurden Erwartungen und Hoffnung auf nationale Selbstbestimmung geschürt, die später der machtpolitischen Realität zum Opfer fielen. Insbesondere das Sykes-Picot-Abkommen gilt als Ausdruck imperialer Machtpolitik, welche den Belangen der Völker der Region kaum bis gar keine Beachtung schenkte. Und auch die Nachkriegsdiplomatie vermochte es nicht, die entstandene Enttäuschung zu mindern. Letztere bleibt eine Grunderfahrung der Region bis heute.

Künstliche Staaten – neue Grenzen

Aus eigenem Antrieb gewachsene Staaten sind die des Nahen und Mittleren Ostens kaum. Besonders zu spüren bekamen dies die Kurden, deren Siedlungsgebiete in der Phase nach Sykes-Picot durch neue Grenzziehungen mehrmals durchtrennt wurden. Im Zuge dieser „historischen Ungerechtigkeit“ – so formulierte es Gülistan Gürbey – mussten sie in den entstehenden Nationalstaaten eine regelrechte Zwangsassimilierung durchleben.

Die gegenwärtige Krise des Nahen und Mittleren Ostens, die sich tragisch durch Kriege, Terror und Gewalt äußert, wirft verständlicherweise die Frage nach Lösungskonzepten auf. Eine neue Grenzziehung in Sykes-Picot-Manier oder ein Modell des Westfälischen Friedens für die Region, wie es Henry Kissinger 2014 forderte, können diese Lösung wohl aber nicht herbeiführen. Es wären erneut die Menschen in den Ländern, die als Verlierer aus derartigen staatlichen und politischen Umbauprozessen hervorgehen würden. 

Anja Opitz

Das Akademiegespräch am See wurde am 2. Juli 2016 auf ARD-alpha ausgestrahlt und ist in der Mediathek abrufbar.

Ein Blick durchs Schlüsselloch

Politik und Gesellschaft der DDR wurden im Spiegel der Krimiserie „Polizeiruf 110“ betrachtet.

UNTER DEN WENIGEN INSTITUTIONEN der DDR, die den Untergang dieses Staates überdauert haben, nimmt der „Polizeiruf 110“ eine herausgehobene Stellung ein. Die Krimiserie wird seit vielen Jahren nicht nur neben dem „Tatort“ zur besten sonntäglichen Sendezeit im Ersten Programm der ARD ausgestrahlt, inzwischen haben die Kommissare ihr angestammtes Einsatzgebiet auch deutlich erweitert und etwa in München, Offenbach oder Bad Homburg Verbrecher zur Strecke gebracht. Unverminderter Beliebtheit erfreuen sich darüber hinaus auch die von 1971 bis 1991 in der DDR gedrehten „Polizeiruf“-Folgen, die nach Meinung vieler Zuschauer ein recht authentisches Bild der damaligen Verhältnisse zeichnen. Im Mittelpunkt der Akademietagung stand die Frage, inwiefern diese erste Polizeiruf-Staffel Anknüpfungspunkte für die historische Auseinandersetzung mit der DDR und für die politische Bildung enthält.

Glorifizierung der DDR?

Überraschenderweise hat die Veranstaltung bereits im Vorfeld zu teils heftigen Reaktionen vor allem aus den neuen Ländern geführt – ganz überwiegend von Menschen, die an ihr gar nicht teilnehmen wollten



Hauptdarsteller Peter Borgelt (Mitte) in einer Folge aus dem Jahr 1977
© Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv / Rolf Sohre

oder konnten. Neben zustimmenden Rückmeldungen zum Tagungsthema erreichten die Akademie auch besorgte Nachfragen, die jedoch in ganz unterschiedliche Richtungen zielten. So befürchteten die einen eine unreflektierte Glorifizierung der DDR, weil politisches Unrecht und staatliche Repressionen offenkundig nicht Gegenstand der „Polizeiruf“-Krimis waren. Andere wiederum hegten den Verdacht, die DDR oder zumindest der „Polizeiruf“ solle, salopp ausgedrückt, durch den Dreck gezogen werden, war doch im Ankündigungstext der Tagung von Arbeitsbummelei und Alkoholismus, Wohnungsnot und Mangelwirtschaft die Rede. Immerhin belegen diese unterschiedlichen Reaktionen, dass es die erste „Polizeiruf“-Staffel wert ist, näher untersucht und kritisch hinterfragt zu werden.

Die Referenten der Tagung – zwei Medienwissenschaftler, ein Jurist, ein Historiker und eine Ärztin sowie der langjährige „Polizeiruf“-Dramaturg und Drehbuchautor Eberhard Görner und sein Autoren- und Regiekollege Thomas Jacob – sorgten aufgrund ihrer unterschiedlichen Perspektiven und Erfahrungshorizonte für kontroverse Diskussionen. Schon die Produktionsbedingungen der Serie wurden recht unterschiedlich bewertet und zwischen staatlicher Gängelung und künstlerischen Freiräumen verortet. Während die einen die Funktionen des Fernsehens in der DDR als Herrschaftsmittel und Integrationsinstrument betonten und die Lenkung der Fernsehmacher durch Partei- und Staatsgremien in den Mittelpunkt stellten, hoben andere die beratende Funktion des Innenministeriums als „gesellschaftlicher Partner“ im Entstehungsprozess dieser Krimis positiv



Setzten sich mit der DDR-Krimiserie „Polizeiruf 110“ auseinander: von links Philipp Wille, Eberhard Görner, Leonor Heinz, Torsten F. Barthel, Jörg Siegmund (Tagungsleiter), Reinhold Viehoff und Claudia Dittmar (es fehlt Thomas Jacob).

© APB-Archiv

hervor, weil die Fälle so realitätsnäher angelegt werden konnten. Da ein Krimi zudem immer ein Verbrechen und damit einen Verstoß gegen gesellschaftliche Normen voraussetzt – einen Verstoß, der oft auf gesellschaftliche Ursachen zurückzuführen ist –, habe der Polizeiruf auch eine begrenzte Gegenöffentlichkeit herstellen und dosierte Kritik an den herrschenden Verhältnissen üben können.



So begann in der DDR die Krimiserie „Polizeiruf 110“
© MDR / DRA

Einigkeit bestand zwischen den Referenten darin, dass bestimmte Themen im „Polizeiruf“ nicht aufgegriffen werden konnten, etwa politisch motivierte oder Umweltdelikte. Auch die Darstellung psychisch kranker Menschen enthielt viele Schief lagen. Während der Alkoholismus in mehreren Folgen eine zentrale Rolle spielte, womit ein reales Problem der DDR-Gesellschaft in den Blick genommen wurde, kamen affektive Störungen wie Depressionen nur am Rande vor – möglicherweise, weil Depressionen und Sozialismus zumindest aus Sicht der Programmverantwortlichen nicht recht zusammengepasst haben.

Tabuthemen

Trotzdem hat der „Polizeiruf“ beileibe kein rosiges Bild der DDR gezeichnet. Wie die eingangs genannten Probleme von der Arbeitsbummelei bis zum Wohnungsmangel, die vielen Folgen zugrunde lagen, verdeutlichen, wurden in der Serie gesellschaftliche Missstände aufgegriffen und verarbeitet. Das lag auch in ihrer programmatischen Zielsetzung begründet: Die Kriminalfilme sollten nicht nur das Bedürfnis der Zuschauer nach Spannung und Unterhaltung befriedigen, sondern ebenso der Aufklärung über Verbrechensbekämpfung und -verhütung dienen. Und dabei konnte man die gesellschaftlichen Ursachen von Kriminalität schwerlich ausblenden.

Erstaunliche Einblicke in die damaligen Verhältnisse gewährt der „Polizeiruf“ auch, wenn man auf die Veränderungen achtet, die sich während der 20-jährigen Produktionsphase der ersten Staffel vollzogen. So rückte das familiäre Umfeld der handelnden Personen in den 1980er-Jahren verstärkt in den Mittelpunkt. Die Familie ergänzte und ersetzte damit andere Sozialisationsinstanzen wie das Arbeitskollektiv oder die Freie Deutsche Jugend, womit der „Polizeiruf“ die nachlassende Bedeutung dieser Institutionen und den Rückzug vieler Menschen ins Private in der Endphase der DDR

widerspiegelte. Auch die zunehmende gesellschaftliche Ausdifferenzierung seit den 1970er-Jahren wurde in der Serie aufgegriffen, etwa wenn unverhohlenen konsumorientierte und damit „bürgerlichen“ Werten verhaftete Charaktere vermehrt in die Handlung eingebunden wurden.

Blinde Flecken

Wie sich in den Diskussionen zeigte, sollten mit diesen Kriminalfilmen je-

doch schon deshalb keine überhöhten Erwartungen an gesellschaftliche oder politische Offenbarungen verbunden werden, weil im dramaturgischen Selbstverständnis ihrer Schöpfer das Individuum im Fokus stand, der Verbrecher statt des Verbrechens. Und doch ermöglicht die erste „Polizeiruf“-Staffel einen Blick ins Innere der DDR, der mit der Spiegel-Metapher aus dem Tagungstitel recht gut umschrieben ist: Die Filme bieten kein authentisches Abbild der damaligen Verhältnisse – wie so mancher Spiegel verzerren sie vieles und enthalten sicherlich auch blinde Flecken. Und doch gewähren sie Einblicke, lassen



Die Folge „Schwarze Ladung“ aus dem Jahr 1976
© Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv / Herbert Thomas

Konturen, Proportionen und über die Zeit auch Veränderungen erkennen. Sie sind sicherlich als Ergänzung zu anderen Medien geeignet, vor allem jüngeren Menschen Eindrücke vom Leben in der DDR zu vermitteln und Diskussionen hierüber anzuregen.

Jörg Siegmund

Akademiegespräch im Landtag

Komplexe Verhältnisse

Dan Diner* nahm die deutsch-israelischen Beziehungen in den Blick.

DAS VERHÄLTNIS zwischen Deutschland und Israel ist vielschichtig und ambivalent. Einerseits pflegen beide Staaten einen regen partnerschaftlichen Austausch, der von Schulprojekten über eine enge kulturelle Zusammenarbeit bis hin zu gemeinsamen Regierungskonsultationen reicht. Und doch nehmen die gegenseitigen Beziehungen auf dem internationalen Parkett eine Sonderstellung ein, die vom Zivilisationsbruch der Shoa geprägt ist und eine „rituelle Distanz“ (Dan Diner) beinhaltet, die auch nach mehr als fünfzig Jahren diplomatischer Beziehungen keiner Normalität gewichen ist. Hinzu kommen politische Differenzen, etwa zur israelischen Siedlungspolitik, sowie Herausforderungen durch die zunehmende Migration aus muslimischen Ländern nach Deutschland, die das wechselseitige Verhältnis auf die Probe stellen.

Wer vor diesem Hintergrund einen Vortrag erwartet hatte, der sich all dieser Facetten systematisch annehmen würde, wurde zunächst überrascht. Denn Dan Diner wählte ein einziges Bild als Ausgangspunkt für seine Überlegungen – ein Bild, das als Anker für das Verständnis der gesamten deutsch-israelischen Beziehungen dienen kann. Es handelt sich um ein Foto von der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens, mit dem die junge Bundesrepublik dem nicht minder jungen Staat Israel und der Jewish Claims Conference im September 1952 Wiedergutmachungsleistungen in Höhe von 3,5 Milliarden DM sowie die Rückerstattung von Vermögenswerten zusicherte.

Verordnete Distanzierung

Anhand der auf dem Foto abgebildeten Protagonisten konnte Diner darlegen, wie eng verbunden Deutschland und Israel durch jahrhundertealte Traditionsbestände sind. So war Deutsch die Muttersprache der meisten Teilnehmer an den Vertragsverhandlungen, und die von israelischer Seite verfügte Bannung des Deutschen als Verhandlungssprache ließ sich nicht lange aufrechterhalten. Gemeinsame Bildungserfahrungen und der gleiche kulturelle Habitus erschwerten die verordnete Distanzierung zusätzlich. Anhand dieser und weiterer Details wies Diner nach, warum es sich bei Israel um ein „herausgeris-



Dan Diner: Deutsch-israelische Annäherung als Wechselspiel aus Öffnung und Zurückweisung

© Bayerischer Landtag / Rolf Poss

senes Stück Mitteleuropa“ handelt – herausgerissen zwar, aber doch unverkennbar mit diesem Kulturraum verbunden.

Auf dem Bild wird zugleich überdeutlich, in welcher frostiger Atmosphäre – versteinerte Minen, kein Blickkontakt, keine Reden – die Vertragsunterzeichnung trotz der verbindenden Gemeinsamkeiten der Delegationsteilnehmer stattfand. Durch diese „Choreographie des Schweigens“ (Diner) sollte unübersehbar die Ächtung Deutschlands zum Ausdruck gebracht werden. Das interessante und auch für gegenwärtige Konfliktsituationen bemerkenswerte daran ist jedoch, dass und wie es beiden Seiten gelang, eine Übereinkunft in der Sache trotz fortbestehender Differenzen in grundsätzlichen Fragen zu erzielen. Diner verwendete in diesem Kontext mehrfach den Begriff der „Staatsraison“, die es vor allem Israel ermöglicht habe, das rational Notwendige trotz schwerster moralischer Bedenken zu tun. Wobei die Verhandlungen und der Vertragsschluss in beiden Staaten zu heftigen innenpolitischen Verwerfungen führten – in Israel vor allem zwischen Regierung und Opposition, in Deutschland auch innerhalb der Regierungskoalition, so dass der Vertrag im Bundestag nur mit Unterstützung der oppositionellen Sozialdemokraten ratifiziert werden konnte.

Vorsichtiges Tasten

Auch die weitere Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen lässt sich ausgehend von diesem Foto, seinen Protagonisten und der Umsetzung des Wiedergutmachungsabkommens erschließen. Diner schilderte die Annäherung als vorsichtiges Tasten, als Wechselspiel aus Öffnung und Zurückweisung, das

* Professor für Moderne Geschichte an der Hebräischen Universität in Jerusalem und ehemaliger Direktor des Simon-Dubnow-Instituts für jüdische Geschichte und Kultur in Leipzig

schließlich 1965 zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen geführt hat. Dass die 1952 im Luxemburger Abkommen vereinbarten Leistungen überwiegend in Sachgütern und nicht als Geldzahlungen erbracht wurden, hat sehr schnell die wirtschaftlichen Kontakte beider Länder beflügelt. Die breite gesellschaftliche Hinwendung der Deutschen zu Israel setzte hingegen erst in den folgenden Jahrzehnten ein, verbunden mit einem großen Interesse am Holocaust und an dessen Aufarbeitung.

Trotz der intensiven und partnerschaftlichen Beziehungen bleibt das gegenseitige Verhältnis auch heute ambivalent. So tritt in Deutschland neben das Verantwortungsgefühl gegenüber Israel zunehmend der

Wunsch vieler Menschen, sich von der Vergangenheit zu lösen. Welchen Einfluss die Geschichte noch immer auf politische Entscheidungen hat, zeigt sich für Diner auch in der Flüchtlingskrise, denn die deutsche Willkommenskultur kann seines Erachtens als Reaktion auf historische Erfahrungen gedeutet werden. In Israel hat die Entwicklung Deutschlands seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs viel Bewunderung hervorgerufen, die deutsche Kritik an einigen israelischen Positionen im Nahostkonflikt oder gegenüber dem Iran stößt jedoch auf Unverständnis. Laut Diner verbindet Deutsche und Israelis in jedem Fall eine sehr emotionale Beziehung – nicht untypisch für wahrhaft komplexe Verhältnisse.



Jörg Siegmund

20 künstlerische Positionen

BEREITS ZUM 27. MAL präsentiert die Künstlerinnen-Vereinigung GEDOK München e.V. ihre Werke in der Akademie. Die aktuelle Ausstellung kann bis Juni 2017 zu den normalen Öffnungszeiten besucht werden.

Wieder sind die Künstlerinnen mit 20 sehr unterschiedlichen Positionen vertreten: Collagen, Fotografie, Malerei, Textilarbeiten, Zeichnung und Skulptur. Gezeigt wird Abstraktes und Figuratives, Scherenschnitte, Arbeiten auf Alu und Metall. Auch das Themenspektrum ist breit. Akademiedirektorin Ursula Münch gratulierte zum 90-jährigen Bestehen der GEDOK und dankte allen Mitwirkenden für die beständige und angenehme Kooperation.



SH / CP



Einige der ausstellenden Künstlerinnen bei der Vernissage

© Petrus

**Die Jahresausstellung der GEDOK
hängt bis zum Juni 2017.**

Akademiedirektorin:

Prof. Dr. Ursula Münch

Vorsitzender des Kuratoriums:

Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler

Vorsitzender des Beirats:

Prof. Dr. Klaus Meisel

Kollegium:

Dr. Saskia Hieber

Internationale Politik

Dr. Andreas Kalina

Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Gero Kellermann

Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael Mayer

Zeitgeschichte

Dr. Anja Opitz

Internationale Politik

Dr. Wolfgang Quaisser

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael Schröder

Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred Schwarzmeier

Organisationsreferent

Parlamentarismus- und Parteienforschung

Jörg Siegmund M.A.

Persönlicher Referent der Direktorin

Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation

Dr. Michael Spieker

Ethische und theoretische Grundlagen der Politik

StRin Barbara Weishaupt

Schulbezogene Projekte und Bildungspolitik

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Sebastian Haas M.A.

Pionier der „Kritischen Akademie“

Unserer früherer Dozent Eckard Colberg konnte am 23. Juli seinen 75. Geburtstag feiern.

1941 WURDE COLBERG ALS SOHN des Physikers Dr. Rolf Colberg und dessen Ehefrau Lisa in Berlin geboren. Die letzten Kriegsjahre verbrachte er allerdings in Mecklenburg, bevor er 1945 nach Hamburg kam, wo er 1961 Abitur machte. Danach nahm er an der Universität Hamburg das Germanistik-Studium auf.

Schon bald verlagerte sich sein Interesse auf die Politische Wissenschaft. An der Universität München schrieb er sich im Sommersemester 1962 für Politikwissenschaft, Philosophie und Geschichte ein. Seinen Studienschwerpunkt bildete die Beschäftigung mit den unterschiedlichen Ideologien. Konsequenterweise promovierte er 1969 bei Eric Voegelin über „Die Erlösung der Welt durch Ferdinand Lassalle“ (List-Verlag München 1969). Sein Interesse an der Politik und ihrer Vermittlung veranlassten ihn zum Eintritt in die SPD und zum Engagement in der politischen Bildungsarbeit. Erste Erfahrungen in diesem Bereich konnte Colberg bei Vorträgen in Schulen und



Veröffentlichung
(zus. mit Ursula Männle):

Zur Geschäftsordnung.

Die Praxis der Willensbildung.

Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit

1. Aufl. München 1973

in der Georg-von-Vollmar-Akademie sammeln, deren Direktor er später werden sollte. Die Hauptaufgabe der politischen Bildung sah Colberg „nicht so sehr in der Vermittlung quantitativen Wissens“, sondern vielmehr „in der Schulung eines kritischen politischen Bewusstseins, das offen ist für die reformerischen Forderungen unserer Zeit“. Es waren ohne Frage politisch höchst bewegte Zeiten.

1969 bewarb er sich auf eine Assistentenstelle an der Akademie für Politische Bildung. Mit seinem Vortrag zum Thema „Möglichkeiten einer Demokratisierung unserer Gesellschaft“ konnte er bei einem inter-

*Eckard Colberg
auf dem Tutzinger
Bewerbungsfoto (1969)*
© privat



nen Colloquium das Kollegium überzeugen. Colberg wurde dann 1971 Dozent und blieb bis 1976 in Tutzinger. In diesem Jahr wechselte er nach Inzell als Leiter der neu gegründeten „Kritischen Akademie“ der Gewerkschaft Textil-Bekleidung. An deren Konzeption hatte nicht zuletzt das Akademiekollegium, und damit auch er selbst, gewissen Anteil gehabt.

Zusammenarbeit mit Knoeringen

Am 5. März 1971 – nur wenige Wochen vor seinem plötzlichen Tod am 2. Juli (siehe auch Akademie-Report 2/2016) – war Waldemar von Knoeringen zuletzt in der Akademie zu Gast gewesen, um sich mit dem Tutzinger Kollegium über das Modell einer „Kritischen Akademie“ zu beraten. Bereits im Jahr 1970 hatte sich unter Regie der Georg-von-Vollmar-Akademie eine Studiengruppe aus Erwachsenenbildnern, Pädagogen, Gewerkschaftern und Architekten mit dem Konzept einer „Kritischen Akademie“ beschäftigt. Der Studiengruppe ging es vor allem darum, den Gedanken der kritischen Bewusstseinsbildung theoretisch zu erfassen und mit Blick auf die (Anforderungen der) Erwachsenenbildung und ihre Möglichkeiten zu konkretisieren.

1978 wechselte Colberg von Inzell ins „Dessauer Schlößchen“ auf dem Aspenstein in Kochel am See als Direktor der Georg-von-Vollmar-Akademie. Dort blieb er bis 1995 und arbeitete danach als freiberuflicher Dozent und Autor für die Friedrich-Ebert-Stiftung.

Am 23. Juli beging Eckard Colberg seinen 75. Geburtstag. Wir gratulieren unserem ehemaligen Mitarbeiter und Kollegen von ganzem Herzen und wünschen alles Gute: Ad multos annos!



Steffen H. Elsner



© ANDREAS HERMSDORF / PIXELIO.DE

Akademie-Veranstaltungen im Spiegel der Medien

Süddeutsche Zeitung, 27. Mai 2016

Außergewöhnliches Experiment

Die Akademie für Politische Bildung macht mit dem „Parlament der Generationen“ den demografischen Wandel erlebbar.

... ETWA EIN FÜNFTTEL aller Bundesbürger sind derzeit über 67 Jahre alt – im Jahr 2050 wird ihr Anteil nahezu verdoppelt haben – auf mehr als ein Drittel der Bevölkerung. „Die Deutschen werden aber nicht nur älter, sondern auch weniger. Und die Vielfalt von Kulturen und Lebensformen nimmt spürbar zu“, beobachtet Akademie-Direktorin Ursula Münch. Die großen Fragen seien dann: Nehmen die Interessenkonflikte zwischen den Generationen zwangsläufig zu oder werden die gemeinsamen Interessen und die Solidarität zwischen den Altersgruppen überwiegen?

Um sich diesen Fragen zu nähern, laden der Bayerische Landtag und die Akademie für Politische Bildung gemeinsam zum Parlament der Generationen ein. Diese wissenschaftlich begleitete, zweitägige Politiksimulation ist ein innovatives Forum, bei dem die Teilnehmer in die Rolle von Parlamentariern schlüpfen. Sie diskutieren über Fragen der Bildungs- und Sozialpolitik, ringen gemeinsam um Lösungen und müssen auch Entscheidungen treffen.

Für die von der Akademie für Politische Bildung konzipierte Veranstaltung haben sich 250 Interessenten

aus ganz Bayern beworben. Die 150 verfügbaren Abgeordnetensitze wurden nach Auskunft der Veranstalter anhand demografischer Merkmale der Bewerber besetzt: mit jungen und alten Menschen, mit Frauen und Männern, mit Bewohnern von Städten und des ländlichen Raumes, mit und ohne Migrationshintergrund ...

... Mitglieder des Landesparlaments stehen den Mitwirkenden zum Erfahrungsaustausch zur Verfügung. Ursula Münch verweist auf das Besondere der Simulation: „Während die eine Hälfte der Teilnehmer die gegenwärtige Bevölkerungsstruktur Deutschlands widerspiegelt, repräsentiert die andere Hälfte hinsichtlich Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund die Gesellschaft des Jahres 2050.“ Beide Gruppen bildeten jeweils ein eigenständiges Parlament und berieten unabhängig voneinander. So lasse sich am Ende die Frage beantworten, ob und inwiefern die veränderten demografischen Bedingungen das jeweilige Diskussions- und Entscheidungsverhalten beeinflussen.

So werde für die Teilnehmer der demografische Wandel zu einer konkret erlebbaren Größe. Sie könnten erfahren, wie er sich auf das tägliche Miteinander am Wohnort, an ihrer Arbeitsstätte oder in anderen Lebensbereichen auswirke und wie die Politik darauf reagieren könne. „Das Parlament der Generationen ist ein einzigartiges Experiment, das Einblicke in unsere Zukunft gewährt“, ist Münch überzeugt. Politik und Wissenschaft könnten die Erfahrungen und Ergebnisse aus den Diskussionen im Parlament der Generationen beim künftigen Umgang mit dem demografischen Wandel nutzen ...

*Manuela Warkocz
(Siehe Seite 18)*

Mittelbayerische Zeitung, 3. Juni 2016

Denkanstöße

DAS EXPERIMENT der Politischen Akademie ist aus vielerlei Gründen beachtlich. Es lenkt den Blick nicht allein auf Folgen des demografischen Wandels. In Zeiten großer Politikverdrossenheit wird auch gezeigt, dass Lösungen nicht so einfach sind, wie es an Stammtischen und in sozialen Netzwerken suggeriert wird. Demokratie ist mühsam, verlangt den Ausgleich der Interessen und die Suche nach Mehrheiten. Das ist so – und das ist gut so. Alles andere wäre Diktatur.

Ermutigend sind die 138 Bürger, die sich auf dieses arbeitsreiche Projekt eingelassen haben. Sie setzen

einen wohlthuenden Kontrapunkt zu denen, die auf die Politik und die Politiker schimpfen, obwohl sie selbst nur 0815-Lösungen im Köcher haben.

Das Politik-Experiment zeigt, dass Jung und Alt zusammenpasst, selbst wenn die Interessen auf den ersten Blick konträr erscheinen. Von finanziell gut ausgestatteten Bildungspaketen profitiert beispielsweise zuerst die junge Generation. Mit guten, dauerhaften Einkommen verkleinern sie aber im späteren Leben zumindest zu einem Teil das Rentenproblem.

Christine Schröpf

Mehr Presseauschnitte zum Thema:

https://www.dropbox.com/sh/wj6vu0nqo36woyo/AABObh_mVgZtzSX1gIIOr9ea?dl=0

Main Post, 2. Juni 2016

Beim „Parlament der Generationen“ den eigenen Horizont erweitern

ZWEI MÄNNER und zwei Frauen aus der Region Würzburg sind beim Projekt im Bayerischen Landtag dabei. Welche Auswirkungen wird der demographische Wandel für unser gesellschaftliches Miteinander haben? Das ist eine der spannenden Fragen, die am 2. und 3. Juni beim „Parlament der Generationen“ im Bayerischen Landtag beantwortet werden sollen.

Aus Würzburg und Umgebung sind mit dabei Philipp Schnapp (22 Jahre, Student) aus Würzburg, Stefanie Zwicker aus Würzburg-Heidingsfeld, Andrea Liebig (53, Krankenschwester) aus Waldbüttelbrunn und Oliver Voll (42, Inhaber Computergeschäft) aus Rimpar.

Die vier sind gespannt, wie die Debatten verlaufen werden, heißt es in einer Pressemitteilung aus dem Regionalbüro der grünen Landtagsabgeordneten Kerstin Celina. Auf ihre Einladung hatten sie sich für das „Parlament der Generationen“ beworben ...

... Der Bezug zu seinem politikwissenschaftlichem Studium ist Philipp Schnapp wichtig: „Ich empfinde die Teilnahme als eine tolle Chance. Einerseits für mich persönlich, um mein Wissen zu parlamentarischen Prozessen zu vertiefen, andererseits für jeden, der sich mit Politik beschäftigt, da ein gesellschaftlicher Wandel unmittelbar bevorsteht.“ Schnapp glaubt, nicht nur die Altersstruktur der Gesellschaft werde sich verschieben, auch Herausforderungen, die beispielsweise durch Migration entstehen, könnten vielleicht durch diese Simulation zu Tage treten ...

Frankenpost, 4. Mai 2016

Gefangen in der Zwickmühle

... Die Debatte um die Flüchtlingsströme in Europa beherrscht die Schlagzeilen aller Medien und die gesellschaftspolitische Diskussion ...

... „WIR MACHEN uns ganz genau Gedanken: Was berichten wir? Welche Bilder nehmen wir?“ verdeutlicht die Leiterin des ARD-Studios Tel Aviv, Dr. Susanne Glass, die zuvor lange Zeit Leiterin des Wiener Studios war. In dieser Funktion hat sie auch von der mazedonisch-griechischen Grenze über die Flüchtlinge berichtet. „Was ich da erlebt habe, das hatte ich so nicht erwartet und habe es auch noch nicht verdaut. Die Menschenmassen reichten bis zum Horizont.“ Dass sie und ihr Team von dem Geschehen ein wenig überrollt wurden, gesteht sie ein.

Sie habe, so wie sie es gelernt habe, nicht in das Geschehen eingreifen wollen. Trotzdem hat sie einer Familie, die sie eine Zeit lang mit der Kamera begleitet hatte, geholfen, den Weg ins Hotel zu finden. Genauso bekam eine Frau Hilfe, die einen Herzinfarkt erlitten hatte. „Natürlich sind wir Menschen und keine Berichterstattungsmaschinen.“

Ihre Geschichten sieht Glass als Puzzleteile des Geschehens. Sie bemühe sich immer, komplex zu berichten. Doch etliche Zuschauer würden aus den Bildern herauslesen, was sie herauslesen wollten: genau das, was ihre Meinung bestätige. „Dann geht die Emotionalität hoch.“ ...

*Andrea Herdegen
(Siehe Seite 9)*

Rechtspolitik



Hans-Jürgen Papier,
Ursula Münch,
Gero Kellermann (Hrsg.)

Freiheit und Sicherheit
Verfassungspolitik,
Grundrechtsschutz,
Sicherheitsgesetze

Tutzing Studien zur
Politik, Band 8

Nomos, Baden-Baden 2016

ISBN: 978-3-8487-2136-8,
158 Seiten

Freiheit und Sicherheit Verfassungspolitik, Grundrechtsschutz, Sicherheitsgesetze

DIE BALANCE von Freiheit und Sicherheit betrifft das Selbstverständnis und die Grundordnung des Gemeinwesens. Vor dem Hintergrund qualitativ neuer Bedrohungen stellen Vertreter aus Theorie und Praxis ihre Sichtweisen dar und diskutieren moderne Sicherheitsgesetze und den Schutz der Privatsphäre. Der Band vereint die Beiträge der Premiere der Tagungsreihe „Forum Verfassungspolitik“ an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing.

Die Herausgeber: Prof. Dr. Dres. h. c. Hans-Jürgen Papier ist emeritierter Professor für Staats- und Verwaltungsrecht sowie öffentliches Sozialrecht an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Präsident des Bundesverfassungsgerichts a. D.

Prof. Dr. Ursula Münch ist Direktorin an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing und Professorin für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr München.

Dr. Gero Kellermann ist Dozent für Staats- und Verfassungsrecht und Rechtspolitik an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. 

Europa



**Innenansichten einer
geprüften Nation**

Politik und Gesellschaft
in Griechenland

Akademiegespräche im
Landtag [51.]

Herausgegeben von der
Akademie für Politische
Bildung und dem Bayeri-
schen Landtag


Tutzing | München 2016

42 Seiten

Innenansichten einer geprüften Nation Politik und Gesellschaft in Griechenland

DR. EVRIPIDIS STYLIANIDIS (Jahrgang 1966) studierte Rechtswissenschaften an den Universitäten Thrakien und Hamburg, wo er 1995 promoviert wurde. Er war bis 2000 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am European Public Law Center in Athen und ist seit 1991 als Rechtsanwalt tätig. Für die konservative Partei Nea Dimokratia zog er 2000 erstmals als Abgeordneter in das griechische Parlament. Bei der Wahl im September 2015 verfehlte er nur knapp den Wiedereinzug ins Parlament. Zwischen 2004 und 2013 gehörte er mehreren Regierungen an (als Vize-Außen-, als Bildungs- und Religionsminister, als Verkehrs- und Kommunikations- sowie Innenminister).

TASOS TELLOGLOU (Jahrgang 1961) ist ein führender investigativer Journalist Griechenlands. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften und Literatur an den Universitäten Athen und Berlin begann er 1986 seine journalistische Karriere. Zwischen 1990 und 1997 arbeitete er als Deutschland-Korrespondent der Tageszeitung Kathimerini und berichtete in gleicher Funktion von 1993 bis 2000 auch für den privaten Fernsehsender Mega Channel. Danach war er für die Nachrichtenredaktionen verschiedener Zeitungen und Fernsehkanäle tätig, bevor er 2007 die Co-Moderation des wöchentlichen Politikformats „Die neuen Dossiers“ bei Skai TV übernahm. 2008 wurde er für seine Recherchen zum Bestechungsskandal des Siemens-Konzerns in Griechenland mit dem angesehenen Prosopa-Preis für die beste Reportage des Jahres ausgezeichnet.

Der Vortrag, die Reden und die Diskussion sind in dieser Broschüre, die kostenlos über die Akademie erhältlich ist, dokumentiert. 



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Direktorin

Prof. Dr. Ursula Münch hielt den Festvortrag anlässlich der Amtseinführung der neu gewählten Präsidentin der Universität Passau, Prof. Dr. Carola Jungwirth. Thematisch passend nahm sie an einer Diskussionsveranstaltung in der Reihe „BergPerspektiven“ über die Ursachen und Hintergründe für das Fehlen von Frauen in Führungspositionen teil. Beim Kleinen Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen Bayern referierte sie über „Politische Bildung: Demokratie lernen – eine Aufgabe der Schule“. An der Universität der Bundeswehr München hielt Professor Münch im Frühjahrssemester 2016 gemeinsam mit der Historikerin Prof. Schraut ein interdisziplinäres Seminar im Masterstudiengang zum Thema „Rechtsextremer Antipluralismus in Geschichte und Gegenwart“ und beteiligte sich außerdem mit einem Vortrag „Warum suchen so viele Menschen Asyl in Deutschland?“ an der Kinderuni der Bundeswehruniversität.

Kuratorium

Josef Deimer konnte am 29. Mai seinen 80. Geburtstag feiern. Wir gratulieren unserem Kurator, der 35 Jahre Oberbürgermeister von Landshut war, nachträglich ganz herzlich und wünschen beste Gesundheit. Wir würdigen ihn im nächsten Heft mit einem Interview.

Sekretariat

Sabine Wohlhaupter hat die Stelle der Sekretärin der Direktorin nach nur zweijähriger Dienstzeit auf eigenen Wunsch und aus privaten Gründen verlassen. Wir bedauern ihren Weggang sehr, da wir eine engagierte und kompetente Kollegin verlieren. Sie konnte trotz der kurzen Zeit in ihrem Arbeitsbereich Akzente setzen. Ihre freundliche und umgängliche Art werden wir vermissen. Wir respektieren aber ihren Wunsch, eine neue berufliche Herausforderung in der Nähe ihrer Familie anzunehmen. Für den weiteren beruflichen und privaten Lebensweg wünschen wir ihr alles Gute.

Kollegium

Dr. Michael Mayer sprach an der University of Sussex in Brighton im Rahmen der Konferenz „The Holocaust and the Struggle for Civil Rights“ zum Thema „Civil Rights and the Holocaust in the United States: Anti-Semitism and Homophobia after Auschwitz“.

Dr. Andreas Kalina sprach und debattierte in Passau zum Selbstverständnis und zur Interessenpolitik des Weimarer Dreiecks und der Visegrád-Staaten anlässlich deren 25-jährigen Jubiläen. In München nahm er am Experten-Roundtable der Akademie für Politik und Zeitgeschehen zur „Europäischen Grenzsicherung“ teil. Im Maximilianeum leitete und moderierte Kalina eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Das ‚Wir‘ entscheidet. Wie funktioniert kollektive Identitätsbildung in unserer Gesellschaft?“.

Dr. Michael Spieker nimmt im Sommersemester Lehraufträge in Philosophie an der Universität Freiburg und in Sozialpolitik an der Katholischen Stiftungsfachhochschule Benediktbeuern wahr. In Dillingen hielt er ein Seminar über „Freiheit, Recht und Würde bei Kant“ und auf der Statustagung des Bundesforschungsministeriums in Berlin stellte er das BMBF-Diskursprojekt „Pränataldiagnostik im Diskurs“ vor. In Obermarchtal trug er zur „Geschichte und Gegenwart der Selbstsorge“ vor und in Freiburg sprach er über „Die Werte der Neuzeit“. In Nürnberg und in Benediktbeuern moderierte er zudem Diskussionen über „Religion und Behinderung“ sowie zum geplanten Bundesteilhabegesetz.

Dr. Saskia Hieber übernimmt im Wintersemester einen Lehrauftrag an der Universität Regensburg im Bereich Internationale Politik.